



Universität Potsdam

Ali Fathollah-Nejad

Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Ali Fathollah-Nejad

Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Universitätsverlag Potsdam 2010

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -3474

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Papiere**

wird herausgegeben von Azadeh Zamirirad, M.A., Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 12 (2010)

Ali Fathollah-Nejad: Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung –
Alter Wein in neuen Schläuchen?

Satz: Martin Meyerhoff

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Produktionsleiter: Kai Kleinwächter

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e.V.

Vereinsvorsitzender: Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

E-Mail: verein@welttrends.de

ISSN 1864-0656

ISBN 978-3-86956-042-7

Ab Februar 2012 parallel online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der
Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4117/>

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-41177](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-41177)

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-41177>]

Inhalt

I. Obama for President! Alle für den „Wandel“	6
1. Mission: Führungsrolle wiederherstellen	6
2. Obamas „Clinton III“-Team	8
II. Wettlauf um Obamas Iran-Politik	16
3. Wieso die USA eine „Kurs-Korrektur“ in der Iran-Politik anstreben	16
4. Neokonservative und liberale Falken – Zwangsdiplomatie als Kriegslegitimation	20
5. Vorschläge der Elite-Think-Tanks – Realpolitische Strategien zur Durchsetzung amerikanischer Interessen	29
6. Moderate Stimmen fordern Kurswechsel	33
III. Im Bush-Modus verfangen? Neue Politik auf tönernen Füßen	38
7. Von Bushs zu Obamas Kriegen im Irak und am Hindukusch – Auserwählt oder notwendig?	38
8. Neue alte Iran-Politik?	46
IV. Schlussfolgerungen	74

Ali Fathollah-Nejad (M.A., M.Sc. *cum laude*, B.A., B.Sc.), geb. 1981, ist ein in Frankreich (*Sciences-Po Lille*), Deutschland (WWU Münster) und den Niederlanden (*University of Twente*) ausgebildeter Politologe. Seit 2008 ist er Promovend der Internationalen Beziehungen an den Universitäten Münster und London (*School of Oriental and African Studies, SOAS*). 2010 lehrte er an der *University of Westminster* (London) Globalisierung und Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten.

Weitere Informationen zu Forschungsschwerpunkten und Publikationen finden Sie auf seiner Homepage: www.fathollah-nejad.com.

E-Mail: info@fathollah-nejad.com

*Die Studie wurde im Winter 2009 fertig gestellt.





Überblickskarte: Naher und Mittlerer Osten. Quelle: CIA World Factbook

*We live, after all, in a world
where illusions are sacred and truth profane.*¹

– Tariq Ali, Historiker und Autor

Der von Barack Obama gepriesene „*Change*“ gegenüber der Politik seines Vorgängers George W. Bush wurde in der Außenpolitik vor allem mit der zukünftigen Ausrichtung der Iran-Politik der Vereinigten Staaten in Verbindung gebracht. Nach acht Jahren der konfrontativen Politik, deren neokonservatives Säbelrasseln die Welt an den Abgrund eines Krieges mit dem Iran brachte, wurden an Obamas rhetorischen Ansagen viele Hoffnungen geknüpft. Was jedoch vor allem in Europa und auch in Deutschland kaum die nötige Beachtung fand und findet, ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Beweggründen und möglichen Richtungen der Iran-Politik Obamas, die für jene des „Westens“ maßgeblich ist.

Der Beitrag will deshalb prüfen, inwieweit ein Kurswechsel tatsächlich zu erwarten ist. Zunächst werden die an die Obama-Administration geknüpften Erwartungen thematisiert. Danach wird der regelrechte Wettkampf über die Ausrichtung der Iran-Strategie Washingtons dargestellt. Ausgewählt nach der Relevanz im politischen Entscheidungsprozess werden dabei Empfehlungspapiere zur Iran-Politik beispielhaft für die Denkrichtung der jeweiligen politischen Strömungen vorgestellt und im Anschluss kritisch diskutiert. Zum Schluss werden Hindernisse und Chancen sicherheits- und friedenspolitischer Natur unter die Lupe genommen.

1 Ali, For one day only, I'm a Lib Dem, The Guardian, 26.03.05.

I. *Obama for President!* Alle für den „Wandel“

Neben dem Großteil der großen amerikanischen Konzerne (*Big Business*) hat auch die Mehrheit der großen amerikanischen Zeitungen die Wahl Obamas als 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten unterstützt.² Neben dem Politmagazin *Time* gaben auch die so genannten Elite-Zeitungen direkte (wie *Washington Post* und *New York Times*) oder indirekte (wie *Wall Street Journal*) Empfehlungen ab.³ Lediglich die als publizistische Sprachrohre der Neokonservativen bekannten *National Review* und *Weekly Standard* sowie die *New York Post* des Medienmoguls und Irak-Krieg-Befürworters Rupert Murdoch sprachen sich für die republikanische Alternative John McCain aus.⁴ Der Wahlkampf um die Nachfolge von George W. Bush wurde weltweit mit besonders großem Interesse verfolgt. In Großbritannien, jenem traditionell engsten Verbündeten Washingtons, gaben die Zeitungen sogar Wahlempfehlungen für den demokratischen Senator aus Illinois ab, so beispielsweise die renommierten Blätter *The Economist*, *Financial Times*, *The Observer* und sogar Murdochs *The Sunday Times*.⁵

1. Mission: Führungsrolle wiederherstellen

Die Eliten in den USA, aber auch im gesamten transatlantisch ausgerichteten „Westen“, hegen die Hoffnung, dass die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama wieder an Macht und Einfluss gewinnen. Bushs Nachfolger hatte angekündigt,

- 2 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, *Obama for President! Ein Rückblick auf die Obamania des US-Establishments*, ZNet Deutschland, 30.04.09.
- 3 Z.B. im Einzelnen: Barack Obama for President – He is the Competent, Confident Leader who Represents the Aspirations of the Nation, *Los Angeles Times*, 19.10.08; Barack Obama for President, *New York Times*, Leitartikel, 24.10.08; McCain's Scapegoat, *Wall Street Journal*, 19.09.08. Bezüglich des WSJ ist es besonders überraschend, da die Zeitung seit 2007 zum Medienimperium Rupert Murdochs gehört. Spätestens seitdem ist das Editorial Board der Zeitung für seine neokonservative Linie bekannt.
- 4 Z.B.: Post Endorses John McCain, *New York Post*, 08.09.08.
- 5 Z.B. im Einzelnen: Barack Obama is America's future, *The Sunday Times*, 02.11.08; Barack Obama is a President for Modern Times, *The Observer*, 02.11.08.

die moralische und politische Führungsrolle seines Landes wiederherzustellen, die im Zuge der vorangegangenen acht Jahre erheblich gelitten hatte.⁶ Bushs unilaterale Politik hat die Herausbildung einer multipolaren Welt noch beschleunigt.⁷ Um mit dem US-Politologen Charles Kupchan vom einflussreichen *Council of Foreign Relations* (CFR) zu sprechen, habe sich mit Obama das Fenster für die USA wieder geöffnet, um die Weltordnung zu gestalten. Dieser Einschätzung widerspricht jedoch der Direktor des einflussreichen *Royal Institute of International Affairs* (*Chatham House*) Robin Niblett und meint, dass das Fenster nunmehr irreversibel geschlossen sei.⁸ Darin stimmt ihm Parag Khanna zu, wenn er schreibt: „Aus geistiger Bequemlichkeit möchte man vielleicht gern glauben, Präsident Obama sei in der Lage, die Führungsrolle der Vereinigten Staaten wiederherzustellen. Doch Amerikas geschrumpfte Macht hat strukturelle Ursachen und hängt nicht von einzelnen Akteuren ab. Unser Sonnensystem hat keine Sonne mehr.“⁹ Khanna spricht von drei „Imperien“ (die USA, die EU und China) zwischen denen das Gros des globalen Handels abgewickelt wird. Die so genannte Zweite Welt (darunter Russland, Indien, Brasilien, aber auch Länder wie Iran und Kasachstan) bildet jenen Schauplatz, auf dem entschieden wird, welches der drei Imperien der Ersten Welt in der Lage sein wird, global ein Machtgewicht nach seinem Vorteil herzustellen.¹⁰

In Bezug auf Teheran hat Obama wiederholt hervorgehoben, dass ein nuklear bewaffneter Iran inakzeptabel sei. Sein Vize sprach unterdessen von dem unerlaubten (*illicit*) zivilen Atomprogramm der Iraner. Direkte Gespräche, so der Präsident, sollten an einem Ort und zu einer Zeit, welche US-Interessen dienen, abgehalten werden. Die militärische Option

6 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, Desperate Need for Serious Change in Transatlantic Foreign Policy, *Monthly Review* Webzine, 08.11.08.

7 Vgl. z.B. Michael Staack, Die Außenpolitik der Bush-Administration, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37-38/2008, S. 6-13.

8 Vgl. Charles Kupchan, *The Case Against the League of Democracy*, Vortrag, London Middle East Institute, School of Oriental and African Studies, London, Diskutant: Niblett, 15.01.09; vgl. auch Niblett, *Ready to Lead? Rethinking America's Role in a Changed World*, London: Chatham House, Feb. 2009.

9 Parag Khanna, Ein Himmel ohne Sonne, *Die Zeit*, Nr. 2/2009, 31.12.08.

10 Vgl. Khanna, *Der Kampf um die zweite Welt – Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*, Berlin: Berlin Verlag 2008.

nehme er nicht vom Tisch, womit die USA weiterhin das in der UN-Charta (Art. 2, Abs. 4) aufgeführte Verbot zur Androhung militärischer Gewalt verletzen. Noch im Wahlkampf hatte Obama die Doktrinen seiner Vorgänger widergehallt: „Ich werde nicht zögern, Gewalt anzuwenden, notfalls auch unilateral, um das amerikanische Volk oder unsere grundlegenden Interessen zu schützen, wenn wir attackiert oder sie bedroht werden.“¹¹ Der neokonservative Publizist Robert Kagan bezeichnete ihn deshalb als Interventionisten.¹²

2. Obamas „Clinton III“-Team

„Pragmatische Falken“

*So exit the megalomaniac neo-con dream
and enter the hawkish pragmatists.
Take your pick: Empire classic or empire lite?*¹³
– Pepe Escobar, Geopolitik-Experte
und Korrespondent der Asia Times

Laut Jonathan Paris, einem *Adjunct Fellow* im neokonservativen US-Think-Tank *Hudson Institute*, wird die Obama-Administration in ihrem politischen Entscheidungsprozess *bottom-up* strukturiert sein. Mit anderen Worten werde der Präsident seine Entscheidungen treffen, nachdem sie auf unteren Ebenen ausgehandelt worden sind, anstatt als oberster Mann auf seine eigene Entscheidungsgewalt zu beharren.¹⁴ Wie auch immer man diese Aussage einschätzen mag – sei es als eine realistische oder aber als Wunschdenken eines Neokonservativen – kommt den Ernennungen zu Obamas Kabinett und Beraterstab hinsichtlich der Auslotung seiner Außenpolitik eine große Bedeutung zu. Im Folgenden werden einige zentrale Figuren beleuchtet.

11 In der Übersetzung zit. n. der interessanten Analyse der außenpolitischen Vorstellungen Obamas durch Rudolf Maresch, *Amerikas Versprechen und seine historische Mission in und für die Welt*, Telepolis, 05.06.07.

12 Vgl. Robert Kagan, *Obama the Interventionist*, *Washington Post*, 29.04.07.

13 Pepe Escobar, *Empire Classic or Empire Lite?*, *TheRealNews.com*, 03.12.08.

14 Zit. n. Ali Fathollah-Nejad, *The "Coalition of the Willing" Against Iran?*, *Iran Times International* (Washington), 02.01.09.

Wie schon früh bekannt war, wurde Joseph (Joe) Biden zu Obamas Vize erkoren. Der ehemalige Leiter des mächtigen Auswärtigen Ausschusses des Senats war nicht nur ein Unterstützer, sondern in jener Rolle ausschlaggebender Wegbereiter des Irak-Krieges. Hillary Clinton, Obamas innerparteiische Präsidentschaftswahlrivalin, wurde zur Außenministerin ernannt. Die ehemalige First Lady trat für die Jugoslawien- und Irak-Kriege ein. Im Gegensatz zu Obama schlug die New Yorker Senatorin eine harte Rhetorik in Fragen der Nationalen Sicherheit und der Außenpolitik an. So warb sie auch für eine „robuste Diplomatie“ gegenüber dem Iran.¹⁵ Im Gegensatz zu Biden und anderen hochrangigen Demokraten jedoch stimmte sie für den Kyle-Lieberman-Gesetzeszusatz (27.09.08), in dem die Revolutionsgarde der Islamischen Republik zur Terrororganisation deklariert wird – ein Akt, der angesichts der in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) angedachten präventiven Vorgehensweise gegenüber Terrorgruppen überwiegend als Kriegsermächtigung bzw. implizite Kriegserklärung Bushs gedeutet wurde.¹⁶ In seiner Analyse von Clintons Ansichten und Amtshandlungen attestiert ihr der San Franciscoer Politikprofessor Stephen Zunes folgerichtig eine Geringschätzung von Völkerrecht und Rechtsstaatlichkeit.¹⁷

Im Amt des Verteidigungsministers wurde der Republikaner Robert Gates, der im November 2006 die Nachfolge von Donald Rumsfeld antrat, bestätigt. Er gilt als Kritiker von Obamas Irak-Rückzugsplan.¹⁸ Zum Stabschef wurde der amerikanisch-israelische Doppelstaatler Rahm Emanuel ernannt, der wegen seiner Unterstützung des Irak-Krieges insbesondere innerhalb seiner eigenen Demokratischen Partei Zielscheibe von Kritik wurde. Seine Zustimmung für die israelische Strategie der „gezielten Tötungen“ unterfüttert zudem seine militä-

15 Paul Steinhauser / Sasha Johnson, Iran Becoming New Iraq on Campaign Trail, CNN.com, 25.10.07.

16 Helene Cooper, Clinton's Iran Vote – The Fallout, New York Times, 14.10.08; vgl. auch Ali Fathollah-Nejad, Kommt der Krieg gegen den Iran? Wie in den USA über einen Iran-Krieg nachgedacht wird, WeltTrends 63, Nov./Dez. 2008, S. 5-10.

17 Vgl. Stephen Zunes, Hillary Clinton's Disdain for International Law – Change We Can Believe In?, AlterNet, 01.12.08.

18 Vgl. Katrina vanden Heuvel / Robert Gates: Wrong Man for the Job, Editor's Cut (Blog von The Nation), 01.12.08.

ristische Neigung.¹⁹ Als UN-Botschafterin wurde Susan Rice, *Senior Fellow* im einflussreichen Think-Tank *Brookings Institution*, benannt. Die ehemalige *Assistant Secretary of State* unter Madeleine Albright war im Obama-Wahlkampf Leiterin des außenpolitischen Beratungsteams.²⁰ Rice strickte an der Lüge von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins mit und setzte sich im Darfur-Konflikt in der Rolle der Zuständigen für Afrika für einen US-Militärangriff gegen Sudan ein. Auch nach Ansicht des ehemaligen französischen Außenministers Hubert Védrine ist sie als interventionistisch einzustufen.²¹

Während der landesweiten Wahlen (*General Election*) unterhielt Obama in den Worten der *New York Times* ein „Mini-Außenministerium“, welches 300 Experten umfasste, die in 20 Teams zu speziellen Weltregionen und Themen arbeiteten, um ihm mit außenpolitischen Ratschlägen zu versorgen.²² Dazu gehörten z.B. Anthony Lake (Bill Clintons erster Nationaler Sicherheitsberater) und Madeleine Albright (ehemalige Außenministerin). Ebenfalls zum Beraterkreis wurden drei Anhänger des neokonservativen *Project for a New American Century* (PNAC) gezählt: Ivo H. Daalder (*National Security Council Director for European Affairs* unter Clinton), Martin Indyk (Mitbegründer des „Pro-Israel“-Think-Tanks *Washington Institute for Near East Policy*, WINEP) und Michèle Flournoy (Leiterin des Mitterechts-Think-Tanks *Center for a New American Security*, CNAS).²³ Flournoy war als Verteidigungsministerin im Gespräch, wurde dann aber zur *Under Secretary of Defense for Policy* ernannt. Viele von Obamas Beratern waren mit zwei wichtigen Initiativen verbunden, die die Demokraten zwecks einer Neubetrachtung von Interessen und Prioritäten amerika-

19 Vgl. James Scahill, *This is Change? 20 Hawks, Clintonites and Neocons to Watch for in Obama's White House*, AlterNet, 20.11.08.

20 Vgl. Gerard Toal, *In No Other Country on Earth – The Presidential Campaign of Barack*

Obama, *Geopolitics* 14 (2), S. 376-401, hier S. 387f.

21 Védrine in einem Kolloquium des Institut français des relations internationales (Ifri), zit. n. Anne Denis, *Politique étrangère – ne pas rater le "moment Obama"*, *LesEchos.fr*, 20.01.09.

22 Elisabeth Bumiller, *A Cast of 300 Advises Obama on Foreign Policy*, *New York Times*, 18.08.08.

23 Die Mehrheit der PNAC-Mitglieder erhielt einen Posten in der ersten Regierung von Bush Jr. Das Nachfolgeprojekt *The Foreign Policy Initiative* (FPI) wurde 2009 von PNAC-Gründer William Kristol ins Leben gerufen.

nischer Sicherheits- und Außenpolitik ins Leben riefen. Neben der 2007 gegründeten parteiübergreifenden CNAS war es die *Phoenix Initiative*, die 2005 von Susan Rice begründet wurde.²⁴

Parteiübergreifende Euphorie für erwartete Kontinuität

Das *Wall Street Journal* (WSJ) bejubelte unter dem Titel „Obamas Kriegskabinet“ die Ernennungen von Gates zum Verteidigungsminister und vom ehemaligen Marinegeneral James Jones zum Nationalen Sicherheitsberater: „Dies sind die Regierungsposten, die für die erfolgreiche Kriegsführung im Irak und in Afghanistan sowie für mögliche Verwicklungen mit dem Iran, Nord-Korea und wer weiß noch wem anders, am Entscheidendsten sind. Mit dieser Personalwahl offenbart Herr Obama einen Hang zu Kompetenz, Erfahrung und Kontinuität“. Hochzufrieden heißt es zusammenfassend: „Soweit in Sachen Sicherheit, nicht schlecht.“²⁵ Richard Perle²⁶, einer der einflussreichsten Irak-Kriegsbefürworter, äußerte sich ähnlich: „Ich bin erleichtert [...]. Im Gegensatz zu den Erwartungen denke ich nicht, dass wir viel Wandel sehen werden“.²⁷

Lob kam überdies von einer ganzen Reihe politischer Persönlichkeiten, unter ihnen Mitch McConnell, Führer der Republikaner im Senat („Die neue Administration wird wohl einen guten Start hinlegen“); Senator Joe Lieberman, der McCain im Wahlkampf unterstützte („geradezu perfekt“); Karl Rove, George W. Bushs ehemaliger Chefberater („beruhigend“); Senator Lamar Alexander, langjähriger Kongressführer der Republikaner („So weit, so gut.“); Condoleezza Rice, George W. Bushs Außenministerin („Das Land wird in guten Händen sein.“); Henry Kissinger (Hillary Clinton werde eine „herausragende“ Außen-

24 Das gemeinsame Papier identifiziert fünf strategische Prioritäten: Terrorismusbekämpfung, atomare Weiterverbreitung, Klimawandel und Ölabhängigkeit, der Nahe und Mittlere Osten sowie Ost-Asien. http://www.brookings.edu/reports/2008/07_national_security_brainard.aspx.

25 Obama's War Cabinet – Gates and Jones are Welcome Signs of Continuity, WSJ, 28.11.08. Wenn nicht anders angegeben, wurden fremdsprachige Zitate vom Autor übersetzt.

26 Perle war bis Februar 2004 Vorsitzender des Defense Policy Board, einer einflussreichen, das Verteidigungsministerium beratenden Gruppe. Er ist seither als Berater tätig.

27 Zit. n. Jim Lobe, Obama Team Promises "New Dawn", Asia Times Online, 03.12.08.

ministerin sein); der republikanische Senator Lindsey Graham, bekannt als McCains bester Freund (Rahm Emanuel ist „eine weise Wahl“ in der Rolle des Stabschefs) und sogar von Obama-Rivale McCain selbst (“Ich spende sicherlich Beifall für viele der Ernennungen.”).²⁸

James Baker, Außenminister unter Bush Sr. und Ko-Vorsitzender der den *Iraq Study Group Report* (2006) erstellenden Baker-Hamilton-Kommission, sah in den Ernennungen, den Mitte-Rechts-Flügel der Demokratischen Partei widerspiegeln. Michael Goldfarb vom neokonservativen Magazin *Weekly Standard* stellte fest: „Überraschende Kontinuität in der Außenpolitik zwischen der zweiten Amtszeit Präsident Bushs und der kommenden Administration [...] sicherlich nichts, das einen drastischen Wandel darin, wie Washington sein Geschäft betreibt, darstellt. Es wird erwartet, dass Obama darauf ausgerichtet ist, den von Bush vorgegebenen Kurs weiterzuverfolgen [...].“ Max Boot, neokonservativer Aktivist und Mitglied im McCain-Wahlkampfteam, kommentierte nicht unzutreffend: „Ich bin baff [*gobsmacked*] über diese Ernennungen, von denen die meisten auch von einem Präsidenten McCain hätten kommen können. [...] All dies stellt das Ende des 16-monatigen Terminplans für den Rückzug aus dem Irak, den vorbehaltlosen Gipfeln mit Diktatoren (sic!) und anderen Unsinnigkeiten, die einst von der Obama-Kampagne hervorgingen, dar. [...] [Hillary] Clinton und [James] Steinberg im Außenministerium dürften kraftvolle Stimmen für den ‚Neo-Liberalismus‘ sein, welcher in vieler Hinsicht nicht viel anders als der ‚Neo-Konservatismus‘ ist.“

Es kann festgehalten werden, dass es sich bei den außen- und sicherheitspolitischen Ernennungen größtenteils um eine Ansammlung von *Clintonites*, Falken und Neokonservativen handelt. Dies erklärt auch den großen Beifall konservativer und liberaler Falken sowie jener von neokonservativer Seite. Einerseits dürfte man die Einschätzung Ed Rollins‘ – eines führenden Strategen der Republikanischen Partei – teilen, wonach Obamas Team illustrierte, dass „unsere Außenpolitik parteiübergreifend ist“.²⁹

28 Zit. n. Jeremy Scahill, *Right-Wingers and Neo-Cons Love Obama’s Cabinet Appointments*, AlterNet, 30.11.08.

29 Zit. n. Scahill, *Right-Wingers and Neo-Cons Love Obama’s Cabinet Appointments*.

Obamas Männer für die „Krisenregion“

Nach Obamas Vereidigung am 20. Januar 2009 wurden vom Weißen Haus eine Reihe relevanter außenpolitischer Posten in Form von Gesandten für die Region des Nahen und Mittleren Ostens vergeben. Richard Holbrooke, Architekt des US-Militäringagements in Bosnien unter Bill Clinton, wurde – offiziell als Sondervertreter titulierte – die Zuständigkeit für Afghanistan und Pakistan übergeben. In Obamas Worten bildet diese im Pentagon-Jargon *AfPak* genannte Region die „zentrale Front in unserem fortdauernden Kampf gegen Terrorismus und Extremismus“.³⁰ Sondergesandter für den Israel-Palästina-Konflikt wurde der demokratische Senator George Mitchell, der als gemäßigt gilt – was in dieser Frage als nicht einseitig pro-israelisch zu verstehen ist. Aber Erwartungen auf einen positiven Richtungswechsel wurden früh gedämpft. Auf seiner ersten Amtsreise, die im Anschluss an den opferreichen 22-Tage-Angriff Israels auf den Gaza-Streifen zur Jahreswende 2008/09 erfolgte, konzentrierte sich der US-Gesandte ganz im Einklang mit der bis dato verfolgten Bush-Politik auf Verhandlungen mit der im Westjordanland ansässigen, jedoch demokratisch im Gegensatz zu Hamas kaum legitimierten Palästinensischen Autonomiebehörde unter Mahmud Abbas.³¹ Washingtons Weigerung, mit der Hamas in Verhandlungen zu treten – von Beobachtern als unabdingbare Voraussetzung für einen gerechten Frieden angesehen³² – sollte sich im Zuge des Jahres 2009 auch nicht ändern. Vielmehr schienen die Präferenzen der israelischen Regierung weiterhin für die US-Haltung tonangebend zu sein.³³

In Bezug auf den Iran wurde William Burns, *Under Secretary of State for Political Affairs* (in dieser Rolle oberster US-Diplo-

30 Holbrooke leads Afghan-Pakistani Strategy, United Press International, 22.01.09.

31 Vgl. Griff Witte, Violence Erupts at Gaza Border as U.S. Envoy Arrives in Region, Washington Post, 28.01.09.

32 Vgl. z.B. Henry Siegman, Bring in Hamas, International Herald Tribune, 03.04.08.

33 Vgl. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Gaza/un-hrc-1.html> (abgerufen am 17.11.09).

mat), mit der Aufsicht über das Iran-Dossier betraut.³⁴ Als Falke hingegen gilt Dennis Ross. Nicht zuletzt wegen seiner regen Beteiligung an Empfehlungspapieren zu Fragen der Iran-Politik (vgl. Kap. 4) wurde der als Israel-Lobbyist bekannte ehemalige Nahost-Verhandlungsführer unter Bill Clinton lange Zeit als Sondergesandter für den Iran gehandelt.³⁵ Ende Februar 2009 wurde Ross schließlich von Außenministerin Hillary Clinton zum „Sonderberater für den [Persischen] Golf und Südwestasien“ ernannt.³⁶ Laut Mitteilung des Außenministeriums sei dies eine „Region, in der Amerika zwei Kriege führt und sich Herausforderungen durch fortdauernde Konflikte, den Terror, der Proliferation, den Energiezugang, wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gegenüber sieht“. Weiterhin heißt es, dass in dieser Gegend, die USA danach streben müssten, für ihre Ziele und Politik, „Unterstützung aufzubauen“.³⁷ Entgegen der Hoffnungen aus Kreisen Neokonservativer und der Israel-Lobby sollte Ross demnach weder dem Weißen Haus zuarbeiten noch eine politikbestimmende Funktion im Außenministerium ausüben, sondern lediglich beratend und auf das Außenministerium beschränkt tätig sein.³⁸ Der Iran-Berater Hillary Clintons wurde jedoch kurz nach den iranischen Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 ins Weiße Haus befördert.³⁹ Als Gegengewicht zu Ross wurde die Berufung von Botschafter a.D. John Limbert als *Deputy Assistant Secretary of State for Iran* im November 2009

34 Vgl. David Ignatius, On Iran, an Apostle of Patience, Washington Post, 26.02.09.

35 Vgl. Aaron David Miller, Israel's Lawyer, Washington Post, 23.05.05.

36 Zum ersten Mal bezeichnet das US-Außenministerium das Gewässer zwischen der arabischen Halbinsel und dem Iran nicht als Persischen Golf – wie von den UN als solcher anerkannt –, sondern lediglich als „Golf“. Eine Tatsache, die von vielen Iranern als Affront wahrgenommen wird. Vgl. dazu Ali Fathollah-Nejad, The “Middle East” – From Past and Present Attributions to a Future Regional Identity?, RSS Journal 1 (1), 2010, School of Oriental and African Studies (SOAS), University of London.

37 Robert Wood [amtierender Ministeriumssprecher], Appointment of Dennis Ross as Special Advisor for The Gulf and Southwest Asia, Pressemitteilung PRN 2009/144, U.S. State Department, 23.02.09, <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2009/02/119495.htm>.

38 Jim Lobe, Ross Gets An Appointment But Maybe Not Quite the One He Wanted, LobeLog.com (Blog von Inter Press Service, IPS), 23.02.09.

39 Lachlan Carmichael, Ross to take central Iran policy role at White House: official, AFP, 16.06.09.

aufgenommen. Die ehemalige Geisel während der post-revolutionären Besetzung der US-Botschaft in Teheran ist als Einziger in solch einem hohen Amt des Persischen mächtig und gilt als Befürworter einer Normalisierung der Beziehungen.⁴⁰

Des Weiteren beschäftigte Obama den unter Bush für die Durchsetzung eines harten Sanktionsregimes, insbesondere eines weltweiten Finanzboykotts gegenüber dem Iran zuständigen Stuart Levey als *Under Secretary for Terrorism and Financial Intelligence* im Finanzministerium. Dies wurde als Indiz dafür gewertet, dass die aggressive Iran-Politik weitergeführt werden solle.⁴¹ Das Amt und Leveys Nominierung wurden 2004 vor allem auf Bestreben des sich selbst als *America's Pro-Israel Lobby* bezeichnenden *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) und des von AIPAC gegründeten WINEP forciert.⁴²

40 Vgl. Limbert, *Negotiating with Iran – Wrestling the Ghosts of History*, Washington: U.S. Institute for Peace 2009.

41 Vgl. Paul Richter, *Obama Administration Keeps Bush Official Involved with Iran Sanctions*, Los Angeles Times, 03.02.09; vgl. Robin Wright, *Stuart Levey's War*, New York Times (New-York-Ausgabe), 02.11.08.

42 Vgl. Grant F. Smith, *From Irgun to AIPAC – Israel Lobby's US Treasury Follies* Hurt, *Dissident Voice*, 16.09.08.

II. Wettlauf um Obamas Iran-Politik

3. Wieso die USA eine „Kurs-Korrektur“ in der Iran-Politik anstreben

Will man neue Ansätze in der Iran-Politik Obamas einschätzen, so drängt sich ein Blick auf vergangene Strategien auf. Um die Gründe zu liefern, weswegen innerhalb des US-Establishments sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Iran-Politik George W. Bushs nicht den nötigen Erfolg eingefahren hat, bietet sich ein kurzer Abriss der amerikanisch-iranischen Beziehungen an. Mit dem geostrategischen Schock der iranischen Revolution von 1979, welche einen der Hauptgrundpfeiler der US-Politik in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zum Einsturz brachte, trat in Teheran an dessen Stelle eine unabhängige – insbesondere die Ambitionen der amerikanischen Supermacht ablehnende – außenpolitische Orientierung ein. Seit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen vor nunmehr drei Jahrzehnten stellt das strategisch zentrale Land Iran das einzige in der für US-Interessen als vital erachteten Region des so genannten *Middle East* dar, welches außerhalb des direkten Einflusses Washingtons agiert. Aufgrund dessen wurde auf die Schwächung des Landes gesetzt, um so zumindest den post-revolutionären Iran in seine Schranken zu weisen. Nach dieser Logik folgte auf die massive Unterstützung des Irak unter Saddam Hussein in seinem achtjährigen Krieg gegen den Iran, eine nach dem Zusammenbruch des bipolaren Systems unter Präsident Clinton ausgerufene Eindämmungspolitik, die Teheran mittels eines Sanktionsregimes zu isolieren suchte.⁴³

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von George W. Bush Jr. wurde Iran trotz seiner unentbehrlich kooperativen Rolle für eine Nachkriegsordnung im besetzten Afghanistan zum Mitglied der „Achse des Bösen“ erkoren.⁴⁴ Im Zuge des im Anschluss an die

43 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, *Iran in the Eye of Storm – Backgrounds of a Global Crisis*, Peace and Conflict Studies, Institut für Soziologie, Universität Münster, Mai 2007: <http://fathollah-nejad.com/index.php/2007/07/iran-storm/>; vgl. Sasan Fayazmanesh, *The United States and Iran – Sanctions, Wars and Policy of Dual Containment*, London, Routledge, 2008.

44 Vgl. Katajun Amirpur, *Iran auf der Achse des Bösen*, KAS-Auslandsinformationen, Nr. 12/02 (Dez. 2002), Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 64-80.

Anschläge des 11. September 2001 ausgerufenen „weltweiten Krieges gegen den Terror“ verfolgte die neokonservative Bush/Cheney-Regierung beim „Zentralbanker des Terrorismus“ (so seine spätere Außenministerin Condoleezza Rice im März 2006) die Notwendigkeit eines gewaltsam durchgesetzten Regimewechsels an. Im Frühjahr 2006 wurde der Iran in der NSS als größte Herausforderung definiert, derer sich die USA gegenübersähen. Eingebettet in einer massiven, durch die im Westen populär gewordene These des Kampfes der Zivilisationen beflügelten⁴⁵ Dämonisierungskampagne gegenüber dem Iran wurde die „Gefahr“ durch das iranische Atomprogramm ins Zentrum der Aufmerksamkeit gehievt, dessen zivile Natur jedoch zum Missfallen Washingtons von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) wiederholt festgestellt wurde.⁴⁶ In den USA und in Israel bereitete man indes einen Angriffskrieg gegen das Land vor, wobei sogar ein präventiver Atomschlag nicht ausgeschlossen wurde (vgl. das *Nuclear Posture Review* 2001 der US-Administration sowie das Pentagon-Papier *Doctrine for Joint Nuclear Operations*).⁴⁷

Um diese durch systematische Unterstellungen seitens der USA und Israels fabrizierte „Atomkrise“ beizulegen,⁴⁸ traten Deutschland, Frankreich und Großbritannien (die so genannte EU-3) im Anschluss an die Irak-Invasion der USA aus der Besorgnis heraus, dass Washington wieder zu einer unilateralen

45 Vgl. Werner Ruf, *Islamische Bedrohung?*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS Standpunkte, Nr. 8/2007).

46 Vgl. Muhammad Sahimi, *Who's Telling the Truth About Iran's Nuclear Program?*, Tehran Bureau, 18.02.09; vgl. Ali Fathollah-Nejad, *Playing Nuclear Politics*, guardian.co.uk, 20.02.09; vgl. Rudolph Chimelli, *Unter die Haut – „Hype“ verzerrt Politik – in der Iranfrage ist das gefährlich*, Süddeutsche Zeitung, 19.10.09; vgl. „Das sind doch paranoide Slogans“, Zbigniew Brzezinski interviewt von Katja Gloger, stern.de, 19.11.04.; für eine wissenschaftlich-empirische Untersuchung über das angeblich gefährliche Verhalten von „Schurkenstaaten“ vgl. Mary Caprioli / Peter F. Trumbore, *Rhetoric versus Reality – Rogue States in Interstate Conflict*, *Journal of Conflict Resolution* 49 (5), Okt. 2005, S. 770-791.

47 Vgl. Auch Fathollah-Nejad, *Iran in the Eye of Storm*, op. cit., Kap. 3; *ibid.*, *Teetering on the Brink of Disaster – The Neocons' Decision to Bomb Iran*, *Global Research*, Montreal, Centre for Research on Globalization, 09.04.07.

48 Vgl. Dafna Linzer, *Iran Is Judged 10 Years From Nuclear Bomb – U.S. Intelligence Review Contrasts With Administration Statements*, *Washington Post*, 02.08.05; Vgl. Mohssen Massarrat, *Eine unmoralische Kriegskoalition*, Freitag, 17.02.06.

Militäraktion greifen könne, mit dem Iran in Verhandlungen. Vor dem Hintergrund der mangelnden Gesprächsbereitschaft Washingtons gegenüber dem „Schurkenstaat“ Iran sollten die im Herbst 2003 begonnen europäisch-iranischen Verhandlungen Bedenken bezüglich der zivilen Natur des iranischen Atomprogramms ausräumen. Im Gegenzug wollte man Teheran in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Natur entgegenkommen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, nachdem sich herausstellte, dass das iranische Sicherheitsdilemma (200.000 US-amerikanische und alliierte Truppen rings herum sowie permanente Angriffsdrohungen) aufgrund der Weigerung Washingtons, aber auch wegen des diesbezüglich mangelnden Eintretens der Europäer bei ihren amerikanischen Partnern nicht behoben werden konnte.⁴⁹

Das iranische Sicherheitsdilemma verschärfte sich mit der Invasion des irakischen Nachbarn zwei Jahre nach dem Afghanistan-Feldzug der USA. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der raschen Unterwerfung des Saddam-Regimes durch anglo-amerikanische Truppen und der de facto Umzingelung durch die USA unterbreitete der Iran im Frühjahr 2003 ein weitreichendes Verhandlungsangebot (*Grand Bargain*), welches signifikante Zugeständnisse in dem für die Amerikaner als zentral eingestuftem Anliegen bot. Nicht nur sollte der friedliche Charakter des Atomprogramms gewährleistet werden, auch stellte Teheran in Aussicht, seine Unterstützung von Hisbollah und Hamas zu überdenken sowie eine Zwei-Staaten-Lösung im Israel-Palästina-Konflikt zu unterstützen. Jedoch auf dem Gipfel ihres imperialen Übermutts angelangt, landete die iranische Overtüre schlicht im Papierkorb der US-Außenpolitik.⁵⁰

49 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, „Don't blame the messenger for the message“? Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen US-Angriff auf Iran ebnet, Tübingen: Informationsstelle Militarisierung (Studien zur Militarisierung EUropas, Nr. 28/2007); vgl. Mohssen Massarrat, Der Iran und Europas Versagen, Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 2006, S. 544-547.

50 Vgl. Gareth Porter, Burnt Offering – How a 2003 Secret Overture from Tehran Might have Led to a Deal on Iran's Nuclear Capacity – if the Bush Administration hadn't Rebuffed it, *The American Prospect* 17 (6), Juni 2006, S. 20-25. Für mehr Informationen zu den Hintergründen der US-Iran-Krise und der Rolle der EU vgl. Fathollah-Nejad, *Iran in the Eye of Storm*, op. cit.

Während das Ziel eines Regimewechsels im Iran zunehmend im Sumpf (*quagmire*) des Irak-Krieges versank, blickte man in Washington besorgt auf die relative Erstarkung der Machtposition Teherans in der Region, welche erst als Folge der US-Militärinterventionen in Afghanistan (2001) und Irak (2003) ermöglicht wurde.⁵¹ So kam es, dass in der zweiten Amtszeit George W. Bushs (Januar 2005 bis Januar 2009) aufgrund der sich immer schwieriger darstellenden Okkupation des Irak, zum ersten Mal seit der iranischen Revolution offizielle, jedoch auf die Situation im Irak beschränkte Verhandlungen mit dem Iran geführt wurden. Da sich aber kein Kurswechsel in der Iran-feindlichen Politik der USA anbahnte – und dies trotz des entwarnenden Berichts der US-Geheimdienste (*National Intelligence Estimate*) Ende 2007, die zu der Feststellung gelangte, dass Iran kein militärisches Atomprogramm verfolge – blieb der Konflikt bis in die zweite Hälfte des Jahres 2008 äußerst angespannt.⁵² Doch die Erkenntnis wuchs, dass die Iran-Politik Bushs und Cheneys nicht die erhofften Ergebnisse einfuhr. Weiterhin war man kaum in der Lage, der regionalen Macht des Iran zugunsten amerikanischer Hegemonie etwas entgegenzusetzen. Israel, das seine regionale Militärdominanz durch die erstarkte Position des Iran sowie dessen fortlaufendes Atomprogramm bedroht sah, drängte bis zum Ende der Bush-Ära auf einen Waffengang.⁵³ Angesichts der empfundenen Notwendigkeit zu einer Modifizierung der Iran-Politik Washingtons traten schließlich verschiedene Gruppen in einen regelrechten Wettkampf, um die strategisch-politische Ausrichtung der vom künftigen US-Präsidenten in Aussicht gestellten Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu beeinflussen.

51 Zum iranischen Dilemma nach der Irak-Invasion vgl. Mohammad-Reza Djalili, *L'après-Saddam – espérances et incertitudes iraniennes*, *Politique étrangère*, Nr. 3–4/2003, Okt. 2003, S. 567-582.

52 Siehe z.B. die vom Kongress bereitgestellte Summe von 400 Mio. US-Dollar zur Destabilisierung des Iran, den erwähnten Kyl-Lieberman-Gesetzeszusatz oder die diplomatischen und militärischen Anstrengungen Washingtons, eine arabisch-sunnitische Anti-Iran-Allianz zu bilden.

53 Vgl. David E. Sanger, *U.S. Rejected Aid for Israeli Raid on Iranian Nuclear Site*, *New York Times*, 11.01.09; vgl. Jonathan Steele, *Israel asked US for Green Light to Bomb Nuclear Sites in Iran*, *guardian.co.uk*, 25.09.08.

4. Neokonservative und liberale Falken – Zwangsdiplomatie als Kriegslegitimation

Think-Tanks spielen im politischen Entscheidungsprozess der USA eine hervorgehobene Rolle. Diese „Denkfabriken“ beschäftigen eine Reihe von Experten, die für verschiedene Politikbereiche Beratung anbieten und Ideen vorlegen. Das Ziel dieser privat finanzierten, auf *Policy*-Empfehlungen ausgerichteten und im Bereich der Außenpolitik zumeist in der Hauptstadt Washington ansässigen Forschungsinstitute ist die Beeinflussung von politischen Entscheidungen und ihrer Implementierung. So erklärt sich auch die oftmals zu beobachtende personelle Überschneidung zwischen den Arbeitsbereichen (Regierungs-)Politik und Think-Tank.⁵⁴ Im Folgenden werden diejenigen *Policy*-Empfehlungen diskutiert, die von einflussreichen, mit Außen- und Sicherheitspolitik befassten Think-Tanks verfasst wurden und/oder an denen einflussreiche Personen beteiligt waren.⁵⁵

Israel-Lobby und halbes Obama-Team fordern konfrontative Politik

Im Juni 2008 veröffentlichte das zur Israel-Lobby gehörende *Washington Institute for Near East Policy* (WINEP) den Bericht einer von seinem Exekutivdirektor und von Dennis Ross einberufenen Arbeitsgruppe über die Zukunft der amerikanisch-israelischen Beziehungen zur Frage der „nuklearen Herausforderung“ durch den Iran.⁵⁶ Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Anthony Lake, Susan Rice, Richard Clarke, Patrick Clawson, James Woolsey sowie Thomas Donilon. Der Bericht zeichnet ein alarmistisches Bild über das iranische Atomprogramm und schlägt vor, dass

54 Vgl. G. William Domhoff, *Die amerikanische Machtstruktur*, Übers. R. Rilling / H. J. Krysmanski, Luxemburg 1(1), 27.08.09, S. 33ff.; vgl. Hans-Jürgen Krysmanski, *Hirten und Wölfe – Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen – oder: Einladung zum Power Structure Research*, Münster, Westfälisches Dampfboot, 2009.

55 Für eine Übersicht und Rangliste der wichtigsten Think-Tanks weltweit, vgl. James G. McGann, *The Global “Go-To Think Tanks” – The Leading Public Policy Research Organizations in the World*, University of Pennsylvania, 2008, http://www.foreignpolicy.com/files/2008_Global_Go_To_Think_Tanks.pdf.

56 *Strengthening the Partnership – How to Deepen U.S.–Israel Cooperation on the Iranian Nuclear Challenge*, Washington: WINEP, Juni 2008.

der zukünftige Präsident einen formellen Mechanismus schaffen müsse, womit die USA gemeinsam mit Israel ihre Iran-Politik koordinieren könnten. In Betracht gezogen wird auch ein militärischer Präventivschlag. Das Papier kann als Reaktion auf israelische Bedenken, wonach die USA sich mit einer Atommacht Iran abfinden könnten und somit Tel Aviv seine privilegierte Position verlöre, gelesen werden. Während der WINEP-Bericht Israels überspitzten Sorgen einen großen Stellenwert einräumt, wird die zentrale Tatsache ignoriert, dass der Iran noch weit davon entfernt ist, mit seinem Atomprogramm eine Waffenkapazität zu erreichen – ganz zu schweigen von der Fähigkeit eine Atombombe auch einsetzen zu können.⁵⁷

In einem im März 2009 publizierten WINEP-Papier wird ein militärischer Alleingang Israels heraufbeschworen, falls es den USA auf dem Verhandlungsweg nicht gelingen sollte, das iranische Atomprogramm innerhalb kürzester Zeit zu stoppen.⁵⁸ Das Zeitfenster für einen Präventivschlag werde mit der Aussicht auf die Lieferung von russischen Luftabwehrraketen des Typs S-300 an den Iran zunehmend enger und würde somit Israels „militärische Option ernsthaft begrenzen“.⁵⁹ Washington müsse dann schnellstens Tel Aviv mit moderneren Waffen ausrüsten, um zu gewährleisten, dass Israel weiterhin „hochwertige Ziele im Iran zu bedrohen“ in der Lage sein wird. Ferner sollten Gesprächsangebote an Teheran mit einer „Strategie verschärfter Wirtschafts-sanktionen und internationalen politischen Drucks“ verbunden werden. Entsprechend dieser Empfehlung wurden just am Tag der Veröffentlichung des WINEP-Papiers die Sanktionen gegen den Iran um elf Firmen ausgeweitet, denen eine Verbindung zum größten Geldhaus des Landes (*Bank Melli*) nachgesagt wurde. Der dafür zuständige eingangs erwähnte Stuart Levey begründete die Maßnahme mit der angeblichen Unterstützung der iranischen Atom- und Waffenprogramme und stellte weitere in Aussicht.⁶⁰ Das Papier fand von zwei wichtigen mit dem Iran

57 Vgl. Robert Dreyfuss, Still Preparing to Attack Iran – The Neoconservatives in the Obama Era, TomDispatch.com, 02.12.08.

58 Preventing a Cascade of Instability – U.S. Engagement to Check Iranian Nuclear Progress, Washington: WINEP 2009. Zu den Unterzeichnern gehört auch die Vizepräsidentin des erz-neokonservativen American Enterprise Institute (AEI) Danielle Pletka. Mehr zum AEI, weiter unten.

59 Moskau hat bis Mitte Dezember 2009 keine dieser Raketen geliefert.

60 US Slaps Sanctions on Firms Tied to Iran Bank, Associated Press, 04.03.09.

betrauten Schlüsselfiguren der neuen Administration Unterstützung: Neben Ross auch Robert Einhorn, hochrangiger Beamter im Außenministerium zu Fragen der Nonproliferation.⁶¹ Besondere Beachtung durfte dem Papier somit sicher gewesen sein.

Der Name Dennis Ross fiel im Zusammenhang mit der zukünftigen Iran-Politik Washingtons am häufigsten. Der langjährige Diplomat und frühere Botschafter in Israel galt zur Zeit der Wahlkampagne als Obamas führender Nahost-Berater und als sein Schlüssel zur mächtigen Lobby-Organisation AIPAC. Auf deren Jahreskongress im Juni 2008 hatte Obama eine Pro-Israel-Rede par excellence gehalten, für die Ross als Autor gehandelt wird.⁶² Zudem besetzt Ross wichtige Positionen in neokonservativen und der Israel-Lobby zugerechneten Zirkeln.⁶³ So war er Vorsitzender des von der rechts-zionistischen *Jewish Agency* gegründeten, regierungsnahen Jerusalemer Think-Tanks *Jewish People Policy Planning Institute*. Der Titel „Israels Anwalt“ wurde ihm von der *Washington Post* im Zusammenhang mit seiner Rolle als Architekt der so genannten „No Surprises“-Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern verliehen.⁶⁴

Ross hatte seine politische Karriere im Pentagon unter Paul Wolfowitz zur Zeit der Präsidentschaft Jimmy Carters begonnen und sie unter Ronald Reagan und George Bush Sr. fortgesetzt. Im Anschluss an seine diplomatischen Dienste während der Clinton-Jahre arbeitete Ross für das von ihm mit gegründete WINEP,

61 Vgl. Knut Mellenthin, Alleingang Tel Avivs möglich, *junge Welt*, 06.03.09, S. 7; vgl. Jim Lobe, Call to "Resist and Deter" Nuclear Iran Gains Key Support, *IPS*, 06.03.09; vgl. Gordon Prather, The WINEP-Weenies' Insane Iran Advice, *Antiwar.com*, 07.03.09.

62 Die Rede findet sich unter <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=91150432> (abgerufen am 14.11.09). Vgl. Uri Avnery, Obamas unterwürfige Rede vor der Lobbygruppe AIPAC, *Telepolis*, 09.06.08. Zum Spannungsfeld zwischen AIPAC und den mehrheitlich liberal eingestellten jüdischen Amerikanern vgl. Fathollah-Nejad, Appeasement und Ausnahmezustand?, *Telepolis*, 06.06.08; Eric Alterman, *Voices From the Wilderness*, *International Herald Tribune*, 15.10.09.

63 Vgl. den Eintrag: Dennis Ross, *Right Web Profile*, Somerville, MA: Political Research Associates, 30.10.08.

64 Danach mussten sämtliche von den USA unterstützten Positionen, bevor sie auf dem Verhandlungstisch landeten, zuvor durch die israelische Seite absegnet werden. Vgl. Miller, *Israel's Lawyer*, op. cit.; Philip Giraldi [ehem. CIA-Beamter], *Obama's Neocon in Residence*, *Antiwar.com*, 04.11.08.

einem von AIPAC-Kreisen ins Leben gerufenen neokonservativen Think-Tank (der als *der zentrale der Israel-Lobby* gilt),⁶⁵ wo er bis zu seiner Ernennung als Chefberater und *Distinguished Fellow* fungierte. Zudem ist er einer der Hauptautoren der Iran-Studie des *Bipartisan Policy Center*, deren explosiver Inhalt an späterer Stelle zu besprechen sein wird.⁶⁶ Ferner ist Ross gemeinsam mit Richard Holbrooke Mitbegründer des 2008 gegründeten Anti-Iran-Propagandaprojekts *United Against Nuclear Iran* (UANI), das einflussreiche Figuren wie Fouad Ajami (einer der Cheftheoretiker der Mittelost-Politik der neokonservativen Bewegung), Gary Samore (Obamas Berater für das iranische Atomprogramm), Henry Sokolski, Leslie Gelb (*President Emeritus* des *Council on Foreign Relations*, CFR), Karen Hughes, Walter Russel Mead (*Senior Fellow* für US-Außenpolitik im CFR) und den ehemaligen CIA-Chef James Woolsey (der jahrelang die Werbetrommel für den „Vierten Weltkrieg gegen den Islamofaschismus“ geschlagen hat) versammelt.⁶⁷ UANIs selbsterklärter Auftrag ist es, „die Öffentlichkeit über die Natur des iranischen Regimes, einschließlich seines Wunsches und seiner Absicht, Atomwaffen zu besitzen, sowie über Irans Rolle als staatlicher Sponsor des globalen Terrorismus und als ein bedeutender Menschenrechtsverletzter im In- und Ausland zu unterrichten“. Zudem solle „das nationale und internationale Bewusstsein über die regionalen und globalen Gefahren, die ein nuklearbewaffneter Iran darstellt, gesteigert werden“. Ross, der wahlweise als Neokonservativer oder liberaler Falke beschrieben wird, gehört überdies dem Unterstützerkreis der vor allem für eine Invasion des Irak eingetretenen neokonservativen *Project for a New American Century* an.⁶⁸

65 Zum WINEP, vgl. Joel Beinin [Geschichtspräsident an der Stanford University], Bushs Außenhirn – Der Thinktank für Nahostpolitik, Übers. N. Kadritzke, Le Monde diplomatique (dt. Ausgabe), Nr. 7101 11.07.03; vgl. John J. Mearsheimer / Stephen M. Walt, Die Israel-Lobby – Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird, Frankfurt/M.: Campus Verlag 2007; vgl. Ali Abunimah, Was Obama auf seiner Reise in den Nahen/Mittleren Osten versäumt hat, Übers. A. Noll, ZNet Deutschland, 24.07.08.

66 Für mehr Informationen zu Ross und Iran vgl. Ira Glunts, A Bright Shining Lie – Dennis Ross and the Run-Up to an Attack on Iran, Dissident Voice, 23.10.08.

67 Bemerkenswert ist, dass UANI bereits Mitte Januar 2009 auf ihrer Website Holbrooke und Ross zu ihren Ernennungen ins Außenministerium gratuliert, bevor der Letztere überhaupt offiziell benannt wurde.

68 Letter to President Clinton on Iraq, 26.01.98, <http://www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm> (abgerufen am 18.11.09).

In einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin *Newsweek* legt Dennis Ross seine Vorstellungen eines „*tough talk*“ gegenüber Teheran dar. Ganz zu Anfang heißt es: „Überall, wo man heute im Mittleren Osten hinschaut, bedroht der Iran US-Interessen und die politische Ordnung.“⁶⁹ Er wirft dem Iran eine einschüchternde Haltung in der Region vor, die sich mit einer Nuklearbewaffnung des Landes zu „Nötigung und Subversion“ potenziere. Deshalb müsse der neue US-Präsident alles unternehmen, um den Iran daran zu hindern, an die Atomwaffe zu gelangen. Weiterhin sei klar, dass Teheran für „sowohl defensive als auch offensive Zwecke“ nach der Bombe strebe. Ross gelangt zu dem Schluss, „wenn die Iraner glauben, dass der Druck weg ist, dann werden sie aggressiver.“ Indes sei die Lehre der Bush-Jahre, größeren Druck zu erzeugen, aber auch größere Anreize zu schaffen. Um „Irans ökonomische Lebensader zu beschneiden“ müsse man außerhalb der Vereinten Nationen agieren und stattdessen Europäer, Japaner, Chinesen und Saudis zur Zusammenarbeit bewegen. Um die bislang widerwilligen Europäer für solch einen Kurs zu gewinnen, müssten unter anderem die Chinesen vom iranischen Markt ferngehalten werden, indem man Peking in der Frage seiner Energieabhängigkeit vor die Wahl zwischen Riad und Teheran setze. Schließlich müssten solch „scharfe Peitschen natürlich durch appetitanregende Zuckerbrote ausbalanciert werden“. Washington müsse deshalb politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorteile anbieten. „Smarte Staatskunst“ sei vonnöten, so seine Argumentation, um zwei „schreckliche Folgen“ zu vermeiden: „mit einem nuklearen Iran zu leben oder militärisch vorzugehen, um diesen vermeiden zu helfen“. Während in jenem Satz die Worte des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy widerhallen, liegt im Kern der von ihm beworbenen Taktik – ganz nach dem Motto „mehr Peitsche und mehr Zuckerbrot“, wobei Letzteres nicht spezifiziert wird – die alte Logik der auch von Ross zumindest verbal als gescheitert angesehenen Iran-Politik George W. Bushs.

Im September 2008 legte das *Center for a New American Security* (CNAS) eine Studie vor, die Einschätzungen und Empfehlungen für eine US-Politik im Nahen und Mittleren Osten, mit besonderem Schwerpunkt Iran, versammelt. Zu den beteiligten Autoren gehören Dennis Ross, Suzanne Maloney, Ashton B.

69 Dennis Ross, Iran – Talk Tough With Tehran, *Newsweek*, 08.12.08.

Carter, Vali Nasr und Richard N. Haass.⁷⁰ Es ist wieder einmal Ross, der eine diplomatische Strategie gegenüber dem Iran formuliert,⁷¹ die der oben dargelegten ähnelt. Falls ein Engagement scheitert, dann müsse man überlegen, wie der Iran von der Atomwaffe abgehalten oder aber die Auswirkung einer iranischen Atombombe abgedämpft werden könne (Eindämmungspolitik). Im gleichen Band schreibt Ashton B. Carter, Obamas Wahl als *Under Secretary of Defense*, dass im Falle des diplomatischen Scheiterns, die Alternative in einer „Strategie der Eindämmung und Bestrafung“ bestünde.⁷²

Die lange Zeit als wahrscheinlich erachtete Berufung Ross' als Iran-Sonderbeauftragter Washingtons stieß aufgrund seines oben beschriebenen politischen Profils auf beachtlichen Widerstand, vor allem von hohen Beamten des Außenministeriums.⁷³ Diese dürften sich über Ross' Beförderung ins Weiße Haus kaum positiv gegenübergestellt zu haben. Angesichts seiner dargestellten Iran-Strategie ist ernsthafter Zweifel angebracht, ob seine Vorstellungen in irgendeiner Weise mit jenen Obamas kompatibel sind.

Parteiübergreifender Fahrplan – Kapitulation oder Krieg!

Im September 2008 wurde eine vom *Bipartisan Policy Center* (BPC) in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht, die für großes Aufsehen sorgte.⁷⁴ Das dafür zugrunde liegende Projekt versammelte sich unter dem Vorsitz der beiden Senatoren Daniel

70 Vgl. James N. Miller / Christine Parthemore / Kurt M. Campbell (Hrsg.), Iran – Assessing U.S. Strategic Options, Washington, Center for a New American Security, September 2008.

71 Vgl. Ross, *Diplomatic Strategies for Dealing With Iran*, in: op. cit., S. 33-53 (Kap. 2).

72 Zit. n. Doyle McManus, *Obama's Iran strategy*, Los Angeles Times, 22.02.09.

73 Laut Auskünfte an den Autor via E-Mail am 19.02.09 seitens zweier Washington-Kenner: Babak Yektafar (Chefredakteur des Washington Prism, eines wöchentlichen Online-Journals in persischer Sprache) und Jim Lobe (IPS).

74 Daniel R. Coats / Charles S. Robb (Hrsg.), *Meeting the Challenge – U.S. Policy Toward Iranian Nuclear Development*, Washington: BPC, September 2008. Vgl. auch Coats / Robb, *Stopping a Nuclear Tehran*, Washington Post, 23.10.08. Das BPC wurde 2007 von den ehemaligen Mehrheitsführern des Senats Tom Daschle, Howard Baker, Bob Dole und George Mitchell (Obamas Mann für den Nahen Osten) gegründet. Vgl. hierzu auch die Analyse von Knut Mellenthin, *Die Kriegstreiber melden sich zurück: „The Willingness to*

Coats und Charles Robb und wurde von Michael Makovsky, der im Pentagon-Team unter dem Geheimdienstinformationen zum Irak fälschenden Neokonservativen Douglas Feith arbeitete, geleitet. Der Verfasser des Papiers ist mutmaßlich der bekannte Neokonservative Michael Rubin vom *American Enterprise Institute* (AEI), jenem Think-Tank also, die die US-Regierung dazu bewegen wollte, nach 9/11 anstelle des Irak eher den Iran anzugreifen. Damals im Vorfeld der *Operation Iraqi Freedom* hieß die Losung dann auch „*Real men go to Tehran*“.⁷⁵ Auch die Zusammensetzung der „unabhängigen Arbeitsgruppe“ ist von besonderer Brisanz. So tauchen Namen wie Dennis Ross, Kenneth Weinstein (Geschäftsführer des neokonservativen *Hudson Institute*) und Steve Rademaker (ehemaliger Mitarbeiter John Boltons im Außenministerium) auf. Neben Rubin wird auch Kenneth Katzman vom *Congressional Research Service* – ebenfalls als Neokonservativer bekannt – als Berater der Arbeitsgruppe aufgeführt. Die Nennung von Dennis Ross hatte angesichts Spekulationen über die Überreichung des Iran-Portfolios an seine Person für große Unruhen gesorgt.⁷⁶ In der Tat zeigt ein Blick auf den Inhalt der Studie den hohen politischen Zündstoff.

Eine Abschreckungspolitik wie zu Zeiten des Kalten Krieges könne gegenüber einem auch nur über eine Atomwaffenkapazität verfügenden (*nuclear weapons-capable*) Iran aufgrund der „extremistischen Ideologie der Islamischen Republik“ nicht greifen.⁷⁷ Der Bericht fordert ferner, dass dem Iran kein Recht auf die Anreicherung von Uran zugestanden werden dürfe, auch nicht unter strengsten internationalen Kontrollen. Um Russlands diplomatische Unterstützung für die US-Politik zu

Kill Hundreds of Thousands of People“, Hintergrund, 27.10.08; vgl. Gordon Prather, *Bipartisan Policy – Bomb-Bomb Iran*, Antiwar.com, 25.10.08.

75 M. Shahid Alam, *Real Men Go to Tehran*, *Al-Ahram Weekly*, Nr. 779 (26.01.–01.02.06).

76 Ein hochrangiger Experte des International Institute for Strategic Studies hatte dem Autor gegenüber im Herbst 2008 in London bekundet, dass es sehr unklug gewesen sei, Ross' Namen in der Studie zu erwähnen.

77 Coats / Robb, *Meeting the Challenge*, op. cit., S. ii; vgl. Michael Rubin, *Can a Nuclear Iran Be Contained or Deterred?*, *Middle Eastern Outlook* (8), Nov. 2008, Washington: AEI. Rubin verfasste darüber hinaus mit einer anderen prominenten Figur der Neo-Cons, Patrick Clawson vom WINEP, das Buch *Eternal Iran – Continuity and Chaos*, Palgrave, 2005.

gewinnen sollte Washington androhen, alle bilateralen Nuklearabkommen mit Moskau aufzukündigen – was aufgrund des technologischen Vorsprungs der USA in Sachen Atomwaffen die Sicherheit Russlands erheblich tangieren würde. So könne man Moskau unter Druck setzen, damit es seine militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Teheran aufgebe. Zudem könne ein konstanter Dialog mit Israel sicherstellen, dass das Land nicht allein militärisch gegen den Iran vorgehe. Was Europa anbelangt, so heißt es: „Die Europäer machen einen Krieg wahrscheinlicher, wenn sie nicht die Sanktionen gegen Iran stärken und in wirksamer Weise alle Handelsbeziehungen einstellen.“⁷⁸

Von der eigenen Regierung wird zudem gefordert, dass sie im Falle von Verhandlungen ohne jegliche Vorbedingungen mit dem Iran im Vorfeld eine eher kurzfristige Deadline bestimmen müsse, bis zu deren Ablauf Washingtons Forderungen einzulösen wären. Nach Ablauf dieser Frist müssten Vorbereitungen für eine Blockade von Benzinimporten getroffen werden. Diesem Vorschlag entsprechend beschloss der US-Kongress Ende Oktober 2009 eine einjährige Verlängerung und Verschärfung des *Iran Sanctions Act* von 1996. Dadurch sollen Benzineinfuhren in den Iran eingeschränkt und an ihnen beteiligte Logistik-, Finanz- und Versicherungsunternehmen aus aller Welt belangt werden können.⁷⁹ Trotz seiner immensen Erdölvorkommen muss der Iran 40 Prozent seines Benzinbedarfs importieren. Die mangelnden Raffineriekapazitäten des Landes sind einerseits auf niedrige Investitionen und andererseits auf einen durch Sanktionen erschwerten Zugang zu modernen Technologien zurück zu führen. „Ohne die Anwendung militärischer Gewalt können wir den Benzinfluss nicht stoppen,“ betont Sanktionsbefürworter Patrick Clawson vom WINEP.⁸⁰

Falls Teheran auch dann noch nicht kapitulieren sollte, sieht die BPC-Studie die Blockierung iranischer Ölexporte vor. Dies ist ohne eine völkerrechtswidrige Blockade nicht zu bewerkstelligen. Wenn immer noch nicht der erhoffte Erfolg zustande

78 Coats / Robb, Meeting the Challenge, op. cit., S. vi.

79 Ali Fathollah-Nejad / Miriam Shabafrouz, Dem Iran drohen schärfere Sanktionen, Zenith – Zeitschrift für den Orient 11 (4), Dez. 2009, S. 38-39, hier S. 38.

80 Zit. n. U.S. Weighs Sanctions Options for Iran, Reuters, 29.09.09.

kommen sollte, so die Studie weiter, müsse ein Militärschlag – im Jargon des Papiers schönfärberisch als *kinetic action* beschrieben – auf die Nuklear-, Militär- und Kommunikations-Einrichtungen des Landes erfolgen. Die USA müssten sogar bereit sein, Elektrizitätswerke und die zivile Industrie des Iran zu bombardieren. Dem Angriff müsse umgehend die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Medizin innerhalb des Iran folgen. Um die Ernsthaftigkeit der US-Ambitionen zu untermauern, müsse der neue Präsident vom ersten Tag an eine Aufstockung der Streitkräfte in der Region betreiben. Dafür biete die US-Präsenz im Irak und in Afghanistan einen geeigneten Deckmantel, um Truppen und Kriegsgerät für einen möglichen Angriff auf den Iran in die Region zu schaffen und somit ein strategisches sowie taktisches Überraschungsmoment zu gewährleisten. An dieser Stelle sei angemerkt, dass ein solches Vorgehen dem amerikanisch-irakischen Truppenstationierungsabkommen (*Status of Forces Agreement*, SOFA) zuwiderliefe, welches ausdrücklich jegliche vom irakischen Territorium geführten US-Angriffe auf Nachbarländer verbietet.⁸¹ Um auch von allen Seiten militärisch Druck aufzubauen, so heißt es im BPC-Papier weiter, müsse die strategische Partnerschaft mit Ländern wie Aserbaidschan und Georgien forciert werden. Kurz vor der Amtseinführung Obamas wurde in der Tat eine amerikanisch-georgische „Charta über eine strategische Partnerschaft“ unterzeichnet.⁸²

Mit anderen Worten plädieren die Autoren des Berichtes dafür, dass Gespräche mit Teheran in erster Linie dazu genutzt werden sollten, internationale Unterstützung für einen Krieg zu sichern, sollte der Iran nicht vorher im Zuge der für kurze Zeit angelegten Verhandlungen den Wünschen Washingtons in Gänze nachgekommen sein. Der eigentliche Zweck einer amerikanischen Verhandlungsofferte wird indes nicht verschwiegen. So erläuterte der bereits genannte Patrick Clawson auf einer WINEP-Veranstaltung am 6. November 2008: „Das hauptsächliche Zielobjekt dieser Angebote [an den Iran] ist nicht der

81 Vgl. Joachim Guilliard, *Besatzungsende nicht in Sicht*, AUSDRUCK, Dez. 2008, Tübingen: Informationsstelle Militarisierung, S. 7-10.

82 United States-Georgia Charter on Strategic Partnership, 09.01.09, <http://www.america.gov/st/texttrans-english/2009/January/20090109145313eafas0.2139093.html>.

Iran. Das hauptsächliche Zielobjekt dieser Angebote sind die öffentlichen Meinungen in den USA und in der Welt.“⁸³

Dass diese „*Roadmap to War*“ – wie der US-Außenpolitik-Experte Jim Lobe den Bericht treffend zusammenfasste – in Fahrt kommen könnte, erscheint vor dem Hintergrund, dass es nahezu ausgeschlossen ist, dass der Iran von seinem international verbrieften Recht abrückt, auf eigenem Boden Uran anzureichern, umso wahrscheinlicher. Ein Scheitern der Verhandlungen wird bewusst antizipiert, um die darauffolgenden völkerrechtswidrigen ökonomischen (Blockade) und militärischen (Angriffskrieg) Maßnahmen einzuleiten.⁸⁴ Alles in allem geht dieser Bericht viel weiter als das zuvor besprochene, unter anderem von der designierten amerikanischen UN-Botschafterin Susan Rice unterzeichnete WINEP-Papier.

5. Vorschläge der Elite-Think-Tanks – Realpolitische Strategien zur Durchsetzung amerikanischer Interessen

Die vom einflussreichen Journal *Foreign Policy* dokumentierte Auflistung führender Denkfabriken führt bei jenen in den USA die folgenden auf den ersten drei Rängen: 1. *Brookings Institution*, 2. *Council on Foreign Relations* (CFR) und 3. *Carnegie Endowment for International Peace*.⁸⁵ Diese werden in den USA als zentristisch eingestuft.⁸⁶ Wie zu sehen sein wird, befassen sich diese führenden Think-Tanks mit der Frage, wie am erfolgreichsten US-Interessen im gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens sicherzustellen sind, wobei dem Iran natürlicherweise eine zentrale Aufmerksamkeit zukommt. Indessen

83 Zit. n. Dreyfuss, Still Preparing to Attack Iran, op. cit.

84 Vgl. Giraldi, Obama's Neocon in Residence, op. cit.; vgl. Jim Lobe, Top Obama Adviser Signs on to Roadmap to War with Iran, LobeLog.com, 24.10.08; vgl. Dreyfuss, Still Preparing to Attack Iran, op. cit.

85 James G. McGann, op. cit., S. 28f. Die bereits erwähnten AEI und Hudson Institute belegen jeweils Platz 8 und 19.

86 Influential American Think Tanks, in: Ali Fathollah-Nejad, Who's Next? Future Prospects of the Near and Middle East – What Kind of Agenda are Think Tanks Setting for U.S. Foreign Policy?, Website, Institut für Soziologie, Universität Münster, 2003, <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/g-a/g-ss/WS0304%20American%20Empire%F8/Iran/Think%20Tank%20List.htm>.

unterscheiden sich ihre Sichtweisen merklich von jenen zuvor diskutierten aufgrund ihres „realistischen“ Gehalts.

Der „Pfad der Koexistenz“ auf Abwegen

Unter dem Titel „*Restoring the Balance*“ veröffentlichten Ende 2008 die *Brookings Institution* und das CFR einen Bericht mit Empfehlungen zur Nah- und Mittelostpolitik des neuen Präsidenten. Das dafür zugrunde liegende Projekt wurde von *Brookings‘ Saban Center for Middle East Policy* geführt, welches vom WINEP-Mitbegründer Martin Indyk geleitet wird.⁸⁷ Mit dem Iran beschäftigen sich Suzanne Maloney und Ray Takeyh, die beide dem realpolitischen Lager zugerechnet werden. Sie zeichnen einen „Pfad zur Koexistenz“ mit dem Iran und rufen zur raschen Annäherung noch vor dem Wahlkampf zu den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 auf.⁸⁸

Die beiden Autoren legen Washington zudem nahe, den iranischen Staat eher als einen einheitlichen Akteur wahrzunehmen als zu versuchen, verschiedene Fraktionen gegeneinander auszuspielen. Sie geben zu bedenken: „Die Obama-Administration mag versucht sein, den einfachen Weg zu gehen, indem sie lediglich neue Rhetorik und bescheidene Verfeinerungen (*refinements*) des Zuckerbrot-und-Peitsche-Ansatzes, der ihre fünf Vorgänger scheitern ließ, anbietet. Dies wäre ein Fehler.“ Verhandlungen müssten auf mehreren, jedoch miteinander nicht verzweigten, Ebenen geführt werden.⁸⁹ Auf unteren Ebenen sollten diplomatische Beziehungen normalisiert werden, mit dem Zweck, sich mit den innenpolitischen Dynamiken des Iran vertraut zu machen.⁹⁰ Ferner müsse man in Washington verstehen, dass ein Prozess des Engagements mit dem Iran sich langwierig und mühselig gestalten und vom iranischen sowie regionalen Kontext abhängen werde. Daher müsse die US-Administration bereit sein, jede sich eröffnende Chance zu nutzen, aufkommende Krisen zu bewältigen und mit Sorgfalt

87 *Restoring the Balance – A Middle East Strategy for the Next President*, A Project of the Saban Center at Brookings–CFR, unter Vorsitz von Richard N. Haass (CFR-Präsident) und Strobe Talbott (Brookings-Präsident), Dez. 2008.

88 Maloney / Takeyh, *Pathway to Coexistence – A New U.S. Policy Toward Iran*, in: op. cit., S. 59-91.

89 Ibid., S. 60.

90 Ibid., S. 60.

durch die inneramerikanische Debatte sowie durch die Interessen und Befürchtungen ihrer Bündnispartner zu steuern. Ein neuer Beziehungsrahmen könne Teheran die Vorteile gegenüber seines bis dato praktizierten „Radikalismus“ aufzeigen.⁹¹

In einem weiteren Beitrag beschäftigen sich Gary Samore, oberster Berater des Präsidenten in Fragen nuklearer Proliferation, und Bruce Riedel, der von Obama mit der Prüfung der US-Politik gegenüber Afghanistan und Pakistan betraut wurde, mit den Aussichten eines über Atomwaffen verfügenden Iran. Zwar sei solch eine Aussicht nicht wünschenswert, doch würde Teheran eine Zurückhaltung praktizieren, sodass es z.B. unwahrscheinlich sei, dass Nuklearwaffen an Terroristen weitergegeben würden. Somit würde der Iran sich wie andere Atommächte verhalten und dem gleichen Abschreckungssystem unterworfen werden können.⁹²

Indyk und CFR-Direktor Haass, welche als sicherheitspolitische Stabsmitglieder in früheren US-Administrationen bereits eine unnachgiebige Haltung gegenüber dem Iran eingenommen hatten,⁹³ verfassten auf der Basis dieses Berichts einen Aufsatz über eine „neue US-Strategie im Nahen und Mittleren Osten“ für die einflussreiche CFR-Publikation *Foreign Affairs*. Darin plädieren sie, aufgrund einer angeblich verbesserten Situation im Irak, den Fokus auf den Iran zu richten, wo „die Uhr bei einem gefährlichen und destabilisierenden Atomprogramm läuft“. Falls es Obama nicht gelänge, in den Verhandlungen das Teheraner Programm zu bremsen, müssten schärfere Sanktionen auferlegt werden. Obgleich ein Präventivschlag eine „unattraktive Option“ sei, müsse er als letzter Ausweg in Betracht kommen.⁹⁴ Hier fallen Parallelen zur oben erwähnten Kapitulation-oder-Krieg-Logik auf, während die Unterschiede zum von Maloney und Takeyh vorgeschlagenen Weg frappierend sind. Dass der von Maloney und Takeyh angedachte zügige Annäherungskurs

91 Ibid., S. 59f.

92 Riedel / Samore, Managing Nuclear Proliferation in the Middle East, in: Restoring the Balance, op. cit., zit. n. McManus, op. cit.

93 Iran and the West – Part 2: The Pariah State, Dokumentation, BBC Two, ausgestrahlt am 14.02.09, abrufbar unter <http://www.youtube.com/watch?v=eOKRbYjqgg0>.

94 Richard N. Haass / Martin Indyk, Beyond Iraq – A New U.S. Strategy for the Middle East, Foreign Affairs, Jan./Feb. 2009.

gegenüber dem Iran nicht in dem Maße umgesetzt wurde, kann mit zweierlei in Verbindung gebracht werden. Zum einen war der innenpolitische Konsens in den USA über eine Annäherung mit dem Iran nicht gegeben, zum anderen wirkte die innenpolitische Krise im Iran nach den dortigen Präsidentschaftswahlen zumindest vorerst bremsend für Befürworter einer unmittelbaren Annäherung.

Bereits im Sommer 2004 wartete das CFR mit einem Papier zum Iran auf, welches den Titel „Zeit für einen neuen Ansatz“ trug. Die damalige *Taskforce* wurde von Zbigniew Brzezinski und Robert Gates geleitet und zählte den Iran-Experten Ray Takeyh und Ex-Botschafter William Luers zu seinen Mitgliedern. Diese forderte ein „limitiertes oder selektives Engagement“ mit dem Iran, vor allem um „entscheidende US-Bedenken“ zu behandeln.⁹⁵ Überdies sei ein *Regime Change* weder eine Option noch ein Lösungsweg. Und in der Tat kristallisierte in der zweiten Amtszeit von Bush Jr. dieser „neue Ansatz“ in den amerikanisch-iranischen Verhandlungen über die Lage im Irak heraus.

„Produktives Engagement“

Beim *Carnegie Endowment* waren der Iran-Experte Karim Sadjadpour und der Proliferationsfachmann George Perkovich für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen in der Iran-Frage betraut. Während Ersterer die Notwendigkeit für einen amerikanisch-iranischen Dialog zu Fragen der gesamten Region betonte, konzentrierte sich Letzterer auf die Modalitäten solcher Verhandlungen.⁹⁶ Falls der Iran sich weigere, die Urananreicherung vorübergehend zu suspendieren, müssten laut Perkovich die Sanktionen beibehalten und, wenn möglich, forciert werden. Doch um den Anreicherungsstopp tatsächlich zu erwirken sollte man die Kriegsdrohung vom Tisch nehmen, da sie ohnehin keine internationale Unterstützung fände. Falls Teheran jedoch ein *begrenztes* ziviles Atomprogramm zugestanden werden sollte, dann müsse es Vertrauen schaffen in umliegenden Themen, d.h.

95 Iran – Time for a New Approach, Washington: CFR, Juli 2004, hier S. vii, 1.

96 Vgl. George Perkovich, Iran Says “No” – Now What?, Washington: Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief (63), Sep. 2008; vgl. Karim Sadjadpour, Iran – Is Productive Engagement Possible?, Washington, Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief (65), Okt. 2008.

bezüglich Israel, Hisbollah usw. Falls der Iran dann einwilligen sollte, „sauber zu werden“ – gemeint ist z.B., dass Teheran der IAEA umfassenden Zugang zu seinen Atomexperten für Interviews gewährt –, dann müsse auch die „internationale Gemeinschaft“ (gemeint ist die westliche) zum ersten Mal die Garantie aussprechen, dass die dabei erworbenen Informationen nicht „gegen den Iran“ verwendet werden.⁹⁷

6. Moderate Stimmen fordern Kurswechsel

„Echte Diplomatie“ und „nachhaltiges Engagement“

Im November 2008 wurde das erste Empfehlungspaket vorgelegt, das sich deutlich von den bisherigen unterscheidet. Das dafür extra ins Leben gerufene *American Foreign Policy Project* (AFPP) versammelt 21 mit dem Iran vertraute Wissenschaftler, Experten und Diplomaten, die mit acht „Mythen“ aufräumen: (1) dass der iranische Präsident die Entscheidungsgewalt in der Atomfrage innehatte; (2) dass das politische System der Islamischen Republik zerbrechlich und somit für einen *Regime Change* reif sei; (3) dass die Religiosität der iranischen Führung diese gegen Abschreckung immunisiere; (4) dass Irans Führung den USA unerbittlich gegenüberstünde; (5) dass der Iran erklärt hätte, Israel „von der Landkarte zu tilgen“; (6) dass eine von den USA geförderte „Demokratieförderung“ dem Land wahre Demokratie zu bringen helfe; (7) dass der Iran eindeutig entschlossen sei, Atomwaffen zu entwickeln und (8) dass der Iran und die USA keine Basis für einen Dialog hätten. Die drei Jahrzehnte lang andauernde Strategie Washingtons, den Iran zu isolieren, zu bedrohen und mit Sanktionen zu belegen, sei zudem gescheitert. Doch neben der bis dato verfolgten Zwangsstrategie (*coercive strategy*)⁹⁸ und einem wenig Erfolg

97 Zit. n. Strategic Engagement with Iran – Steps for the Next U.S. President, Veranstaltung der Carnegie Endowment for International Peace, Washington, 16.10.08, http://carnegieendowment.org/files/strategic_engagement_with_iran.pdf.

98 In Diplomatischen Studien wird der Begriff „Zwangsdiplomatie“ (Coercive Diplomacy) als Bezeichnung für die westliche Iran-Strategie verwendet, vgl. Tom Sauer, *Coercive Diplomacy by the EU – The Case of Iran*, Den Haag: Netherlands Institute of International Relations Clingendael, Discussion Papers in Diplomacy (106), Jan. 2007.

versprechenden militärischen Vorgehen bestünde eine weitere Option, deren Erfolgsaussichten viel höher einzuschätzen sind. Es wird für ein nachhaltiges Engagement (*sustained engagement*) geworben, welches besser imstande wäre, die „nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten zu stärken“. Dazu werden der US-Regierung fünf Schritte empfohlen: (1) Den Ruf nach Regimewechsel durch eine langfristige Strategie ersetzen; (2) die Menschenrechte im Iran durch die Unterstützung anerkannter internationaler Bemühungen stärken; (3) dem Iran – und anderen Schlüsselstaaten – einen Platz am Tisch zugestehen, wenn es um die Zukunft Iraks, Afghanistans und der Region geht; (4) die Atomfrage im Kontext einer breiteren amerikanisch-iranischen Öffnung thematisieren; und schließlich (5) als ehrlicher Makler dem arabisch-israelischen Friedensprozess neues Leben einhauchen.

Das unter dem Vorsitz von Thomas Pickering (ehemaliger US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, in Russland und Israel), James F. Dobbins (Ex-Sondergesandter für Afghanistan) und Gary G. Sick (Nahostexperte von der *Columbia University*) stehende AFPP zieht richtige Schlüsse aus Washingtons Iran-Strategie der letzten Dekaden und bietet eine gangbare, zumal von einer nüchternen Lageeinschätzung ausgehende und in der Tat erfolgversprechende Strategie an. Jedoch fällt ein Element auf, der einen möglichen Erfolg der sonst skizzierten Vorgehensweise ernsthaft aufs Spiel setzen könnte und vor dem Hintergrund des bereits Diskutierten wie ein Déjà-vu anmutet: „Die Verhandlungsführer sollten den Atomgesprächen eine vernünftige (*reasonable*) Frist setzen und die Drohung härterer Sanktionen aufrechterhalten, falls Verhandlungen scheitern.“⁹⁹

Eine auf Ausgleich bedachte Diplomatie-Offensive

Botschafter a.D. Pickering, der Sicherheitsexperte am *Massachusetts Institute of Technology* Jim Walsh und Botschafter a.D. William Luers legten im Februar 2009 einen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes vor.¹⁰⁰ Noch im März des Vorjahres

99 Joint Experts' Statement on Iran, American Foreign Policy Project, Nov. 2008, americanforeignpolicy.org/files/experts_statement_on_iran.pdf.

100 Luers / Pickering / Walsh, How to Deal with Iran, New York Review of Books, 12.02.09.

schlugen die Autoren in einem gemeinsamen Aufsatz vor, das „Nuklearproblem“ durch eine Multinationalisierung des iranischen Atomprogramms zu lösen.¹⁰¹ Auch in ihrem 2009er Papier wird eine solche Internationalisierung angestrebt, jedoch ist der darin zur Sprache kommende Kontext weiter gefasst. So halten sie zunächst fest, dass die für die nationale Sicherheit der USA wichtigen Themen wie atomare Aufrüstung, die Situation im Irak und in Afghanistan allesamt einen gemeinsamen Faktor hätten – und dies sei der Iran. Sie schlagen einen diese drei Elemente integrierenden Ansatz vor, der im Zuge gegenseitiger Vertrauensbildungsmaßnahmen und der Anerkennung gemeinsamer Interessen zum Durchbruch führen soll. Diese Strategie müsse jedoch vorher mit den Vetomächten des UN-Sicherheitsrats, dem UN-Generalsekretär und mit den Partnern in der Region beraten werden. Hinzu müsse eine neue Institution geschaffen werden, in deren Rahmen unter Beteiligung der USA, des Iran, der übrigen UN-Sicherheitsratsmitglieder sowie der Nachbarstaaten Bagdads und Kabuls Gespräche über den Irak und Afghanistan stattfinden könnten.

Diese große Diplomatie-Offensive soll jedoch erst nach den iranischen Präsidentschaftswahlen erfolgen. Bis dahin könnte Obama sein Versprechen bekräftigen, zur Lösung von globalen Problemen Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu führen, Washingtons in Artikel I des Algier-Abkommens von 1981 eingegangene Verpflichtung beteuern, sich weder politisch noch militärisch in innere Angelegenheiten des Iran einzumischen, sowie in Betracht ziehen, auf mittlerem Rang offizielle Kontakte mit Teheran zu knüpfen. Die Autoren kommen insgesamt zu dem Schluss: „Die USA können dem Iran Kosten auferlegen, aber sie können nicht ihren Willen aufnötigen. Das Gleiche gilt für den Iran. Fortschritt setzt von beiden Seiten ein größeres Augenmerk auf Strategie als auf Taktik voraus.“ Ihr realpolitisches Papier erntete Lob von dem Ko-Vorsitzenden der *Iraq Study Group* Lee Hamilton, Zbigniew Brzezinski und in etwas

101 Luers / Pickering / Walsh, A Solution for the US-Iran Nuclear Standoff, *New York Review of Books*, 12.02.09. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass den dem Text angefügten Fußnoten eine entscheidende Bedeutung zukommt. Aus diesen geht hervor, dass die von den Autoren vorgeschlagenen Eigentumsverhältnisse des auf iranischem Territorium sich befindlichen Atomprogramms kaum die vom Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag vorgesehenen Rechte und die Souveränität des Iran gewährleisten würden.

eingeschränkter Form auch von Henry Kissinger. Die Autoren bringen es fertig, einen Weg aufzuzeigen, bei dem die Beförderung „nationaler Interessen“ der USA sich vereinbaren ließe mit den legitimen Sicherheitsinteressen des Iran.

Wegmarken einer fairen und umfassenden Lösung

Ende Januar 2009 hat eine Initiative namens *Iranians for Peace* (IFP) einen offenen Brief an Barack Obama gerichtet, der mit konkreten Hinweisen versehen ist, wie ein Ende des Konfliktes erreicht werden kann.¹⁰² IFP wurde 2008 aus der Sorge heraus gegründet, dass ein Ausbleiben einer umfassenden Verständigung zwischen Washington und Teheran die real existierende Kriegsgefahr nicht bannen könne. Zu den IFP-Unterstützern gehören über 20 Organisationen weltweit sowie eine ganze Reihe prominenter iranisch-stämmiger und ausländischer Persönlichkeiten. Die unter dem Ko-Vorsitz von Akbar Etemad – Gründer und erster Präsident (1974-78) der iranischen Atomenergiebehörde – stehende Initiative ruft in ihrem Schreiben den US-Präsidenten auf, in direkte Verhandlungen mit dem Iran zu treten. Es wird betont, dass der bislang gewählte Umgang in der iranischen Atomfrage „unfair, ineffizient und konterproduktiv“ gewesen sei. Weiter heißt es: „Wir plädieren für eine Lösung, die nicht durch Gewaltanwendung, durch Sanktionen oder durch militärische Intervention auferlegt wird, welche zu Frustration, Erniedrigung und Hass führt, sondern für eine Lösung, die der Würde, dem Stolz und den Hoffnungen des iranischen Volkes Rechnung trägt. Solch eine Lösung muss die Souveränität, Sicherheit und nationalen Interessen des Iran respektieren, sodass diese in der komplizierten Situation im Nahen und Mittleren Osten Bestand hat und produktiv sein kann und zur Sache des Friedens und des Wohlstands in der Region beitragen kann. Nicht zuletzt muss es sich um eine Lösung handeln, die auf echten Fakten und nicht auf bloßem Verdacht basiert und die auf dem Geist und dem Wortlaut internationaler Verträge beruht, während sie eine Gleichbehandlung (*fairness of treatment*) im Vergleich zu anderen Länder sicherstellt.“ Dem

102 Akbar Etemad / Fatemeh Keshavarz, Offener Brief an Präsident Barack Obama, CASMII Deutschland, Campaign Against Sanctions and Military Intervention in Iran (CASMII), 28.01.09, <http://www.campaigniran.org/casmii/index.php?q=node/7539>.

Land sollten seine Rechte unter dem Atomwaffensperrvertrag, d.h. das Recht auf ein ziviles Atomprogramm, ohne Diskriminierung zugestanden werden. Zudem müssten alle sonstigen NVV-Unterzeichnerstaaten zur Einhaltung dessen angehalten werden. Ferner müsse, wie von der IAEA-Generalversammlung beschlossen, eine nuklearwaffenfreie Zone in der Region umgesetzt werden.

III. Im Bush-Modus verfangen? Neue Politik auf tönernen Füßen

*Internationale Politik neigt gelegentlich dazu, sich einzureden, dass man nur mehr von derselben Medizin brauche, wenn die bei der ersten Verabreichung nicht wunschgemäß wirkt.*¹⁰³

–Volker Perthes, Direktor der
Stiftung Wissenschaft und Politik

Eine Diskussion der Iran-Strategie der USA kommt ohne einen Blick auf Washingtons Politik in der gesamten Region nicht aus. Die Kriege gegen den Irak und Afghanistan hängen unmittelbar mit der Frage nach amerikanisch-iranischer Konfrontation beziehungsweise Kooperation zusammen.

7. Von Bushs zu Obamas Kriegen im Irak und am Hindukusch – Auserwählt oder notwendig?

Im Wahlkampf erntete Obama viele Sympathien für seine kritische Haltung gegen das immer unpopulärer gewordene amerikanische Kriegsendagement im Irak. Nahezu unbemerkt blieb dabei die Tatsache, dass er zwar im Vorfeld des Feldzuges gegen den Irak im Senat gegen diesen gestimmt, jedoch infolgedessen wiederholt für die Bereitstellung von Geldern zu dessen Unterhaltung und sogar Intensivierung votiert hatte. Wie beim Gros der politischen Elite des Landes galt Obamas Kritik am Irak-Krieg zuvorderst der Art und Weise, wie dieser von der Bush/Cheney-Regierung geführt wurde. So hatte er im Oktober 2002 auf einer Kundgebung in Chicago, die sich gegen den drohenden Angriff auf den Irak wandte, erklärt: *„Let me begin by saying that although this has been billed as an anti-war rally, I stand before you as someone who is not opposed to war in all circumstances. [...] What I am opposed to is a dumb war. What I am opposed to is a rash war. What I am opposed to is the cynical attempt by Richard Perle and Paul Wolfowitz and other armchair weekend warriors in this administration to shove their own ideological agendas down*

103 Atomstreit – „Sanktionen bewirken keine Wunder“, Perthes interviewt von Tobias Betz, The European, 01.10.09.

*our throats irrespective of the cost in lives lost and in hardships borne.*¹⁰⁴

Seine prinzipielle Befürwortung des Krieges als Mittel zur Politik, eines „gerechten Krieges“, wiederholte der US-Präsident auch in seiner Rede anlässlich des ihm verliehenen Friedensnobelpreises 2009, in der er betonte, dass im Kampf gegen einen „teuflischen Feind“, die USA „die Fahnenräger in der Kriegsführung bleiben müssen“.¹⁰⁵ Der Titel eines Kommentars in der *Süddeutschen Zeitung* hieß dann auch „Mehr Krieg für den Frieden“.¹⁰⁶

Wie sich vor allem im letzten Wahlkampfjahr herausstellte, beinhaltete sein Wahlkampfversprechen, innerhalb von 18 Monaten alle US-Kampftruppen aus dem Irak abzuziehen, zum einen, dass dort noch eine limitierte Militärpräsenz („*residual force*“) bestehen bleiben sollte;¹⁰⁷ zum anderen blieben die auf 100.000 bis 180.000 Mann geschätzten, außerhalb des Rechts agierenden privaten Söldnertruppen unbeachtet, deren Präsenz damit ungefähr genauso stark ausfällt wie die der regulären US-Kampfverbände von circa 120.000 Mann.¹⁰⁸ Seit dem Amtsantritt Obamas ist zudem der Druck von Seiten des Pentagon gestiegen, auf die Umsetzung des versprochenen Truppenabzuges zu verzichten.¹⁰⁹ Unter dem Druck des irakischen Widerstands gegen die Besatzung hatten die USA noch zum Ende der Amtszeit George W. Bushs ein Abkommen über ihre militärische Präsenz (*Status of Forces Agreement*, SOFA) mit

104 Barack Obama, Remarks of Illinois State Senator Barack Obama against Going to War with Iraq, www.BarackObama.com, 02.10.02.

105 Zit. n.: Obamas Nobelpreis-Rede in Auszügen, apa/nachrichten.at, 10.12.09.

106 Kurt Kister, Mehr Krieg für den Frieden, *Süddeutsche Zeitung*, 11.12.09.

107 Zwischen 30.000 und 75.000 Mann belaufen sich laut Medienberichten Schätzungen über die Größe dieser Militärpräsenz (Stand: Herbst 2009). Diese sollen als „Ausbildungstruppen, Schutz von amerikanischen Interessen und Kräfte zur Terrorismusbekämpfung“ bestehen bleiben. (Vgl. Gareth Porter, Drawdown Plan May Leave Combat Brigades in Iraq, *IPS*, 27.02.09.)

108 Zahl laut Stand vom Herbst 2009. Vgl. Eric Margolis, U.S. influence in Iraq far from over, *Toronto Sun*, 02.03.09. Zu Obama und den Private Military Contractors (PMCs) vgl. Jeremy Scahill, Obama's Mercenary Position, *The Nation*, Magazin-Ausgabe vom 17.03.08.

109 Vgl. Gareth Porter, US-Iraq – Generals Seek to Reverse Obama Withdrawal Decision, *IPS*, 02.02.09; *ibid.*, Commanders in Iraq Challenge Petraeus on Pullout Risk, *IPS*, 17.02.09.

der irakischen Regierung unterzeichnen müssen, wonach alle Militäreinheiten bis zum Ende des Jahres 2011 aus dem Land abgezogen werden sollen. Von entscheidender geostrategischer Bedeutung ist jedoch, dass allem Anschein nach die großen im Irak erbauten US-Militärbasen für längere Zeit erhalten bleiben sollen.¹¹⁰ All dies deutet auf eine weit über das reguläre Abzugsdatum hinaus laufende militärische US-Präsenz im ölreichen Land hin.

„AfPak“ – Obamas Krieg

Indessen sollte angesichts mangelnder kämpferischer (Rekrutierungs-)Kapazitäten bei den US-Truppen die Reduzierung der Kampftruppen im Irak Kräfte für die Eskalation militärischer Operationen in Afghanistan frei werden lassen. So glich im Herbst 2009 der Abzug von über 20.000 Soldaten aus dem Irak ungefähr der Aufstockung der Kampftruppen in Afghanistan.¹¹¹ Während der Irak-Krieg für Obama einen strategisch fehlkalkulierten „*War of Choice*“ (ausgesuchter Krieg) darstellte, firmierte seit Wahlkampftagen der Krieg am Hindukusch als „*War of Necessity*“ (notwendiger Krieg). In diesem Sinne wurde seit 2006 die Zahl der in Afghanistan stationierten NATO-Soldaten mehr als verdreifacht. Mit 100.000 Mann, 63.000 davon US-Amerikaner, sind mehr als zehn Mal so viele reguläre Truppen als zu Beginn der Intervention im Jahre 2001 in dem geostrategisch wichtigen Land stationiert.¹¹² Hinzu kommen über 110.000 in Afghanistan tätige Söldner, die somit die regulären Kampfverbände der USA zahlenmäßig übertrumpfen.¹¹³ „Unabhängig von ihrer Ausbildungsqualität und Einsatzfähigkeit, kommen immerhin zusätzlich insgesamt 140.000 afghanische Solda-

110 Vgl. Tom Engelhardt, Die tollste Geschichte, die jemals nicht erzählt wurde – Die US-Megastützpunkte, Übers. K. Möller, inamo – Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (55), Herbst 2008, S. 44-47. Hier ist vor allem die festungsähnliche US-Botschaft in Bagdad zu nennen, die der Größe des Vatikan gleicht, vgl. New Embassy in Iraq a Mystery – Baghdad Locale, Slated to be Completed in 2007, to be Largest of its Kind, Associated Press, 14.04.06.

111 Knut Mellenthin, Perfektes Chaos, junge Welt, 04.11.09, S. 10-11.

112 Zahlen nach Al-Jazeera, 09.10.09, zit. n. Mellenthin, Perfektes Chaos, op. cit.

113 Vgl. Phyllis Bennis, President Obama's Afghanistan Escalation Speech – An assessment of what Obama Said – and what he Didn't Say, Washington: Institute for Policy Studies, 02.12.09, <http://www.ips-dc.org/>.

ten und Polizistin hinzu.¹¹⁴ Zählt man NATO-, US- und afghanische Regierungs-Truppen zusammen, waren in Afghanistan im Januar 2009 allein 200.000 Soldaten im Einsatz im Vergleich zu 600.000 im Irak.¹¹⁵

Eine militärische Eskalation wird auch weiterhin anvisiert, obgleich die Einsicht, der Krieg in Afghanistan sei militärisch nicht zu gewinnen, auch in NATO-Militärkreisen Einzug gehalten hat. Anstatt ernsthaft ein Ende der militärischen Besetzung einzuleiten, setzen hohe US- und NATO-Militärs und Politiker auf eine Aufstockung der Kampftruppen. So soll das Truppenkontingent in Afghanistan bis mindestens auf das irakische Niveau erhöht werden, um den Krieg dennoch zu „gewinnen“.¹¹⁶ Eine „erfolgreiche Besetzung“ des Landes würde nach Expertenmeinungen zwischen 365.000 und 500.000 Soldaten erfordern.¹¹⁷ In seiner vielbeachteten Rede vor der US-Militärakademie in Westpoint am 1. Dezember 2009 erklärte Obama die zusätzliche Entsendung von 30.000 amerikanischen Soldaten nach Afghanistan, während er im gleichen Atemzug den Abzugsbeginn von den somit knapp 100.000 US-Truppen nach 18 Monaten (Mitte 2011) ankündigte.¹¹⁸ Ob der Abzugsplan tatsächlich eingehalten wird, ist angesichts der Eskalation des Krieges kaum vorstellbar. Der Status Afghanistans als *de facto* NATO-Protectorat beziehungsweise US-Kolonie wird demnach gefestigt.¹¹⁹

Malalai Joya, ehemalige afghanische Parlamentsabgeordnete, die im Mai 2007 aufgrund ihrer harschen Kritik gegenüber den

114 Martin Baraki, Truppen rein? Afghanistan den Amerikanern?, in: Ralph-M. Luedtke / Peter Strutynski (Hrsg.), Deutschland im Krieg – Transatlantischer Imperialismus, NATO und EU, Kassel: Jenior Verlag 2009, S. 173-193, hier S. 187; vgl. *Unfinished Business in Afghanistan*, New York Times, 20.06.08.

115 Karin von Hippel, Afghanistan-Expertin am Center for Strategic and International Studies in Washington, zit. n. Helene Cooper, Obama Must Address Afghanistan Crisis Quickly, International Herald Tribune, 25.01.09.

116 William R. Polk, Let America be America, and Depart Afghanistan, Informed Comment, 22.11.09.

117 Vgl. Baraki, Truppen rein?, op. cit., S. 187, 190.

118 Obama's Afghan speech: Full text, 02.12.09, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/8389849.stm>.

119 Vgl. Martin Baraki, Afghanistan – Kolonie der USA, in: Claudine Nick-Miller (Hrsg.) Strategie versus humanitäres Denken – Das Beispiel Afghanistan, Zürich: vdf Hochschulverlag 2009, S. 185-211; *ibid.*, Truppen rein?

im Parlament vertretenen Kriegsfürsten aus diesem verbannt wurde, nennt drei Gründe für das US-Kriegsengagement: „*First, [the Americans] occupied my country because of [the] geopolitical location of Afghanistan, my country, located in the heart of [...] Asia. When they will have their grip in Afghanistan, very easily they can control China, Russia, Iran, Pakistan, India, etc., and then they will have, very easily, access to the gas and oil of the Central Asian republics. And the third reason, because after arms and oil trade in the war, they are receiving millions of dollars by [the] dirty business of opium. This was the main project of the CIA, that they changed Afghanistan to the center of drug[s] by support of these drug lord[s]. So, for example, [from] 2001 until now, [there has been a] 4,500 percent opium [production] increase. And every year, through [the] dirty process of opium, \$500 million alone [go] into the pocket of Taliban.*“ Die Grundvoraussetzung für einen Friedensprozess sei der sofortige Abzug der NATO-Truppen.¹²⁰ Eine derartige Einschätzung wird von ausgewiesenen Afghanistan-Experten wie dem afghanischen Politologen Matin Baraki, dem britischen Journalisten Patrick Cockburn und dem US-Historiker William Polk geteilt.¹²¹ So schlägt Baraki vor, anstatt ein „zweites Petersburg“ nach kolonialem Skript anzuvisieren, eine wahrlich repräsentative Regierung zu formen und im Falle der Notwendigkeit militärischer Absicherung, Einheiten von den Blockfreien Staaten und der Islamischen Konferenz zum Einsatz kommen zu lassen, wodurch auch dem islamistischen Teil des Widerstands der Wind aus den Segeln genommen werden würde.¹²²

Schon im Wahlkampf trat Obama offen für eine Ausweitung des Kriegsengagements in Afghanistans östlichem Nachbarland ein. Da extremistische Gruppen wie Al-Qaida und Taliban ihre Hauptquartiere nach Pakistan verlegt hätten, sei das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet die neue Front im „weltweiten Krieg gegen den Terrorismus“ und die unilaterale Gewaltanwendung müsse demnach forciert werden. Die unter George W. Bush

120 A Woman Among Warlords Pt. 2 – Joya – US in Afghanistan Supports Drug Dealing Warlords to Better Control the Region's Oil and Gas, TheRealNews.com, 22.11.09. Anmerkungen in eckigen Klammern vom Autor. Vgl. auch Malalai Joya, Ich erhebe meine Stimme Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan, Übers. D. Mallett, München / Zürich: Piper 2009.

121 Vgl. Baraki, Truppen rein?, op. cit.; vgl. Patrick Cockburn, Afghanistan – Time to Leave, The Independent, 08.11.09.

122 Baraki, Truppen rein?, op. cit., S. 190f.

begonnenen Bombardierungen der pakistanischen Nordwest-Grenzprovinz (*North-West Frontier Province*, NWFP) durch Drohnen, um vermeintliche Taliban-Kämpfer umzubringen, führte Obama fort. Pakistan-Experten wie Tariq Ali warnen vor einer folgenschweren Destabilisierung des Landes, das mit 180 Mio. sechs Mal so viele Einwohner beherbergt wie der bisherige Kriegsherde Afghanistan. Das durch die USA finanzierte militärische Vorgehen der pakistanischen Armee in der NWFP gegen die eigene Bevölkerung, so Ali weiter, riskiert nicht zuletzt eine Spaltung der Armee, was zu einem Bürgerkrieg im Atomwaffenstaat führen könne.¹²³

Zweierlei sprechen indessen gegen einen US/NATO-Abzug aus dem Hindukusch. Das mit einer unschätzbaren geostrategischen Lage versehene Afghanistan ist für Washingtons *Grand Strategy* unabkömmlich, will man denn neben den immensen Energievorräten West- und Zentralasiens auch eine militärische Präsenz zur Eindämmung russischer, chinesischer und indischer Macht etablieren. Hinzu kommt, dass ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan zu sehr als Zugeständnis einer Niederlage, so wie es beispielsweise die damalige Supermacht Sowjetunion zu spüren bekam, verstanden werden könnte. Nach dieser Ansicht, die beispielsweise von Zbigniew Brzezinski vertreten wird, kann sich das weltweit mit Abstand größte Militärbündnis, um ihre Glaubwürdigkeit zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort des Globus ihre Interessen militärisch durchzusetzen, schlicht und einfach kein „zweites Vietnam“ leisten.¹²⁴

Da eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Obamas außenpolitischen Positionen seinem Image als Antikriegskandidaten nicht standhält,¹²⁵ handelt es sich nach Ansicht von Noam

123 Vgl. Tariq Ali, *Pakistan – Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption*, München: Diederichs 2008. Zum Pakistan-Konflikt vgl. Lars Normann, *Der islamistische Dschihad in Pakistan – Geopolitische Aspekte eines multikausalen Konfliktes*, Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, WeltTrends-Papiere (10), 2008.

124 Vgl. Brzezinski, *An Agenda for NATO – Toward a Global Security*, Foreign Affairs, Sep./Okt. 2009. Für eine kritische Betrachtung vgl. Ralph-M. Luedtke / Peter Strutynski (Hrsg.), *Deutschland im Krieg – Transatlantischer Imperialismus, NATO und EU*, Kassel, Jenior Verlag 2009.

125 Vgl. Helga Haftendorn, *Die außenpolitischen Positionen von Obama und McCain*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (37-38), 2008, S. 35-40.

Chomsky und John Pilger eher um eine „Marke Obama“. In diesem Sinne werde eher ein Produkt vermarktet, um dessen Inhalt ginge es kaum. Chomsky zufolge erschien der Erfolg der „Marke Obama“ mit seiner Losung *Change* angesichts des in Umfragen eindeutig nachgewiesenen Wunsches der überwältigenden Mehrheit der Amerikaner nach einem Bruch mit der Bush-Politik nur folgerichtig.¹²⁶ Nach dem ersten Amtsjahr Obamas darf man dieser Einschätzung nüchtern zustimmen.

Programmiertes Chaos

Ob die Ausweitung des Krieges auf Pakistan die oben skizzierten Folgen zeitigen wird und als Obamas „*Dumb War*“ in die Geschichte eingehen wird, bleibt abzuwarten. Vieles wird sich daran zeigen müssen, ob und wann ein dringend notwendiger Wechsel einer fehlgeleiteten Strategie, die die Bekämpfung des Extremismus nicht mit politischen Mitteln, sondern mit Bomben und unter bewusster Tolerierung zahlreicher ziviler Opfer verfolgt, eingeleitet wird.¹²⁷ Hingegen deutet die ausgesprochene Unterstützung der europäischen NATO-Staaten, aber auch der afghanischen, pakistanischen und indischen Regierungen¹²⁸, für eine Forcierung des US/NATO-Kriegsengagements am Hindukusch nicht auf einen Kurswechsel hin. Die in der NATO federführende US-Macht¹²⁹ hegt die Abhängigkeit dieser geostrategisch zentralen Länder beizubehalten, indem nicht mehr als nötig stabilisiert wird.¹³⁰ Denn ein auf lange Sicht intakt gehaltener Krieg in der im Pentagon-Jargon genannten Region „*AfPak*“ stellt die militärische Präsenz der USA in diesem

126 Vgl. Noam Chomsky, Elections 2008 & Obama's "Vision" – What We Can Expect in 2009, Given Both Parties are Well to the Right of the Population, Z Magazine 22(1), (Feb. 2009; vgl. auch sein Media Control – Wie die Medien uns manipulieren, Hamburg: Europa-Verlag 2003; vgl. Pilger, The Madmen Did Well, New Statesman, 30.04.09.

127 Der Krieg gegen den Irak hat bislang laut Untersuchungen über einer Million Menschen das Leben gekostet, jener gegen Afghanistan Schätzungen zufolge zwischen 50.000 (laut Baraki) und 300.000 (laut Ali).

128 Laut Aussagen der jeweiligen asiatischen Botschafter in den USA im Gespräch mit Christiane Amanpour, 22.10.09, <http://edition.cnn.com/video/#/video/world/2009/10/22/Amanpour.afpakin.un.ambassadors.cnn> (abgerufen am 22.11.09).

129 Vgl. Kenneth Waltz, Structural Realism After the Cold War, International Security 25 (1), Sommer 2000, S. 5-41.

130 Normann, op. cit., S. 16.

geostrategisch wichtigen Teil der Erde sicher. Zugleich kann man dadurch die eurasischen Mächte Indien, China, Russland und auch den Iran in diesen Konflikt mit hineinziehen. Um die Interessen des MIK zu sichern und eine Präsenz auf lange Sicht zu gewährleisten, spricht Mohssen Massarrat in diesem Sinne von einem programmierten, strukturellen Chaos als Bestandteil der US-Hegemonialstrategie.¹³¹ Gewiss ist dies eine sehr riskante strategische Spielart in „Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ auf dem „eurasischen Schachbrett“¹³²; ein tatsächliches Zurückdrängen des Terrorismus kann angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre kaum bezweckt sein. Vielmehr ähnelt der Krieg am Hindukusch einem staatlich angeordneten Terrorismus gegen die betroffenen Zivilbevölkerungen sowie einem fahrlässigen Umgang mit dem Weltfrieden.

Was bedeuten diese nur in Kürze skizzierten Kriege für den Iran? Eine Entschärfung der Kriege westlich und zunehmend östlich des Landes ist nicht zu erwarten, ein Abzug amerikanischer Truppen ebenfalls nicht. Alles in allem verschärft sich sogar die von Regierungstruppen und privaten Söldnerarmeen getragene militärische Umzingelung des Iran unter US-Präsident Obama. Die Aussicht auf eine regionale Friedensordnung, die auf verstärkter Zusammenarbeit regionaler Staaten fußt, scheint von Obamas Kriegen torpediert zu werden. Eine in Washington nicht gern gesehene Annäherung zwischen dem Iran und seinen östlichen Nachbarn Pakistan und Indien (das ihren Ausdruck in dem von den USA bekämpften so genannten „Friedenspipeline“-Projekt findet) muss denn auch mit einem hohen Maß an politischer Instabilität kämpfen, was eine geökonomische Integration großen Risiken aussetzt.

Wie auch die fortlaufende Debatte über die US-Militärstrategie im Irak und am Hindukusch ausgehen mag, der Ausgang des Konfliktes mit jenem Land, das zwischen beiden Kriegsschauplätzen liegt, bleibt von zentraler Bedeutung für die US-Strategie in Westasien und im größeren eurasischen Raum. Ungeachtet dessen ob die USA ihre Präsenz festigen wollen

131 Vgl. Massarrat, Militärischer Industrieller Komplex – Hegemonialinteressen und programmiertes Chaos, Graswurzelrevolution (316), Feb. 2007, S. 9-11.

132 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M.: Fischer 2004.

oder sogar den Entschluss fassen sollten, abzuziehen, dem Iran kommt in beiden Fällen eine unüberwindbare Rolle zur Erlangung ebenjener Ziele zu. Teheran verfügt sowohl im Irak als auch in Afghanistan über wichtige politische Einflussmöglichkeiten. Das wirtschaftliche Interesse an einer Stabilisierung dieser Länder nimmt angesichts iranischer Investitionen stetig zu. Hinzu kommt, dass eine kriegerische Eskalation im US-Iran-Konflikt – auch von Seiten Israels angestoßen – Washington vor schwer beherrschbaren Herausforderungen in dieser Region stellen würde. Es bestünde die reelle Gefahr, dass die Säulen der US-Hegemonialstrategie, die auf der Kontrolle dieser Region fußen,¹³³ ernsthaft ins Wackeln kommen. So ist eine diplomatische Lösung im Konflikt mit dem Iran, das seit der destabilisierenden Auswirkung der US-geführten Militärinterventionen in der Region einer Insel der Stabilität gleicht, unabdinglich. Trotz unnachgiebigen Bestrebens (vor allem ziviler) Militaristen nach einem Waffengang mit dem Iran ist angesichts der oben skizzierten Kampfherde eine Ausweitung auf den Iran für das bereits nun an die Grenzen ihrer Kapazitäten angelangte US-Militär kaum realistisch. Anders formuliert verspricht eine Kriegseskalation mit dem Iran unheilvolle, vielschichtige Konsequenzen.

8. Neue alte Iran-Politik?

In seiner Vereidigungsrede sagte Barack Obama, dass wenn die Kräfte der Region – gemeint waren die nicht-amerikafreundlichen, vor allem der Iran – ihre „geballten Fäuste aufgeben“, ihnen „die Hand“ ausgestreckt werde. Daraufhin reagierte sein iranischer Amtskollege mit der Forderung, dass die USA ihre globale Militärpräsenz beenden müssten und sich für ihre Missetaten beim iranischen Volk (ein Verweis auf den Sturz der Mossadegh-Regierung 1953, die Unterstützung der Schah-Diktatur und der Irak-Aggression) zu entschuldigen hätten, bevor es zu einer Annäherung kommen könne. Wenn eine Änderung der Politik herbeigeführt werden solle, dann müsse Washington jegliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen aufgeben, so Mahmoud Ahmadinejad weiter. Obgleich vieles von dem verbalen Schlagabtausch auf innerpolitische

133 Vgl. Mohssen Massarrat, *Amerikas Weltordnung – Hegemonie und Kriege um Öl*, Hamburg: VSA 2003.

Sensibilitäten ausgerichtet war, blendete Obamas Vorwurf einer „geballten Faust“ des Iran die aggressive Politik seines Vorgängers aus. Immerhin war Teheran diejenige der beiden Parteien, die willens war zu verhandeln – nur ohne jede Vorbedingungen, deren Sinn nun auch Washington eingesehen hat.¹³⁴

Washingtoner Konsens – Selektive Annäherung mit Peitsche

Die diskutierten *Policy*-Empfehlungen lassen einige Aussagen zu. (1) Zunächst kann eine starke, wenn nicht gar leicht dominante Präsenz von Iran-Strategiepapieren, die aus der Feder neokonservativer Think-Tanks stammen, registriert werden. Angesichts der dezidierten Kritik vieler im US-Establishment, darunter Barack Obama, gegenüber der fehlgeleiteten neokonservativen Weltpolitik ist dies sicherlich verwunderlich. Eine derartige Präsenz der *Neocons* zeugt einerseits davon, wie sehr diese nach acht Jahren der Bush/Cheney-Regierung zu einem nicht zu überwindenden Bestandteil des Washingtoner Politik-Betriebes geworden sind. Andererseits führt ihre starke Präsenz vor Augen, dass die neokonservativen Think-Tanks als Sprachrohre von Machtzentren fungieren, deren Interessen unmittelbar durch die politische Ausrichtung der Obama-Administration in der Iran-Frage tangiert werden. Dazu zählen vor allem die „Israel-Lobby“, die mit AIPAC einen großen Einfluss auf Entscheidungen des Kongresses ausübt, sowie der Militär-Industrielle Komplex (MIK), deren Überschneidungen weiter unten zu präzisieren sein werden. Diese Think-Tanks befürworten darüber hinaus auch die seit Anfang 2005 laufenden verdeckten Maßnahmen im Iran.¹³⁵ Indes liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob sie von der Obama-Administration gestoppt wurden. Die von israelischen und amerikanischen Geheimdiensten ausgeführten Aktionen zielen einerseits darauf ab, mithilfe von weitreichenden Sabotageakten und Tötungen von führenden iranischen Nuklearwissenschaftlern das Atomprogramm zu verzögern.¹³⁶ Andererseits wird der Versuch

134 Vgl. Muhammad Sahimi, *Iran's Fist Is Clenched for a Reason*, *Antiwar.com*, 10.02.09.

135 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, *Teetering on the Brink of Disaster* op. cit.

136 Vgl. Philip Sherwell, *Israel Launches Covert War Against Iran*, *The Telegraph*, 16.02.09; vgl. Yossi Melman, *Is Israel Assassinating Iran Nuclear Scientists?* *Haaretz*, 17.02.09; vgl. Thomas Frankenfeld, *Israels geheimer Krieg gegen den Iran*, *Hamburger Abendblatt*, 18.02.09.

unternommen, die Zentralregierung durch die Unterstützung separatistischer Bewegungen in den strategisch wichtigen Provinzen Kurdistan, Khusistan und Sistan-Belutschistan unter Druck zu setzen.

(2) Gleichzeitig haben die eher realpolitisch gefärbten Elite-Think-Tanks an politischem Terrain gutgemacht. Angesichts der vielerorts diskreditierten Bush-Außenpolitik ist dies kaum überraschend, hatte doch bereits während des zweiten Bush-Mandats eine Entwicklung zu mehr Realpolitik eingesetzt. In der Politik gegenüber Teheran ist der Machtzuwachs des realpolitischen Lagers vor allem daran zu erkennen, dass zumindest die Neokonservativen nicht mehr einen Regimewechsel à la Bush fordern. In der Forderung nach einem „Verhaltenswechsel des Regimes“ wurde zunächst einmal – zumindest vordergründig – zwischen beiden Lagern ein Konsens erzielt. Des Weiteren sei hier angemerkt, dass diese Lager große Überschneidungen vorweisen; Differenzen sind zwar herauszuarbeiten, aber nicht überzubewerten. Dennoch, wie später zu sehen sein wird, ist dem neokonservativen Lager nach wie vor an einer Kriegeskalation gelegen.

(3) Aus den meisten Papieren geht hervor, dass der neue Präsident seine Iran-Politik stärker mit anderen Großmächten (vor allem Russland und China) und Bündnispartnern (Israel und die EU) abstimmen soll. Ist die Forderung nach stärkerer Koordination als Korrektur gegenüber des vor allem bei den europäischen Partnern und Russland viel Unmut ausgelösten Unilateralismus seines Vorgängers zu sehen, so bietet solch eine Ausrichtung der USA die Möglichkeit, eine größere politische Front für die eigene Politik zu bilden. Dies auch aus der Erkenntnis heraus, dass einzig US-amerikanische Macht nicht ausreicht, um im Alleingang Interessen durchzusetzen (vgl. Kap. 1). Neben einer stärker koordinierten Zusammenarbeit mit Israel sollen die Teheran gegenüber misstrauisch eingestellten pro-amerikanischen, sunnitisch-arabischen Autokratien in die US-Strategie eingebunden werden. Wenn möglich soll auch Syrien dem Iran als Bündnispartner abgeworben werden. Außerhalb der Region sollen – wie von Washington auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 gefordert wurde – die europäischen Bündnispartner sowie Russland auf eine gemeinsame Position in der Iran-Politik

eingeschworen werden.¹³⁷ Die USA hatten mit dem Amtsantritt Obamas, Russland gegenüber bereits signalisiert, dass sie ihre Pläne für eine nukleare Erstschlagsfähigkeit Washingtons ermöglichende *National Missile Defense* (NMD) in Osteuropa überdenken würden,¹³⁸ wenn Moskau denn in der Iran-Politik kooperiere.¹³⁹ Im Herbst 2009 wurde dann auch die Entscheidung bekannt gegeben, vorerst auf die Umsetzung der NMD zu verzichten. Doch eine klare Einbindung Russlands in die US-Strategie scheint angesichts Moskaus wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen gegenüber dem Iran kaum realisierbar. Zudem streben die USA bei Sanktionsverschärfungen gegen den Iran eine „Koalition der Willigen“ griffbereit zu halten.¹⁴⁰ Insgesamt jedoch könnte eine moderate Töne anschlagende Obama-Administration in der Lage sein, verlorenes politisches Terrain wettzumachen.

(4) Dass die USA den Iran – nicht zuletzt wegen ihrer global schwindenden Kräfte¹⁴¹ – für die Verbesserung ihrer misslichen Position in der Region dringend benötigen, ist eine Erkenntnis, die den meisten Iran-Papieren zugrunde liegt.¹⁴² Und Teheran bietet sich auch dafür an, sofern dem Land als Regionalmacht und auf gleicher Augenhöhe begegnet wird.¹⁴³ Wie

137 Vgl. Sicherheitskonferenz – Merkel und Sarkozy drohen Iran, sueddeutsche.de, 07.02.09; vgl. Harald Neuber, Altes System, neu gestartet, Telepolis, 08.02.09; vgl. Knut Mellenthin, Neue Töne, gleicher Krieg, junge Welt, 09.02.09.

138 Vgl. Hauke Ritz, Die Welt als Schachbrett – Der neue Kalte Krieg des Obama-Beraters Zbigniew Brzezinski, Blätter für deutsche und internationale Politik (7), 2008, S. 53-69; vgl. Thomas Mitsch / Jürgen Wagner, Erstschlag und Raketenabwehr, AUSDRUCK, Juni 2007, S. 15-19.

139 Clinton Suggests US Could Abandon Europe Missile Defense System, Sofia News Agency, 11.02.09; vgl. Thomas Pany, USA/Russlan – Gemeinsame Front gegen Iran? Telepolis pnews, 03.03.09; vgl. F. William Engdahl, New Cold War on Hold? Is Obama Ready to Drop Missile Defense? Global Research, 04.03.09.

140 Vgl. Daniel Dombey / James Blitz, Go-it-alone Plan on Iran Sanctions, Financial Times, 12.10.08; vgl. Fathollah-Nejad, The “Coalition of the Willing” Against Iran?, op. cit.

141 National Intelligence Council, Global Trends 2025 – A World Transformed, Washington, Office of the Director of National Intelligence, Nov. 2008.

142 Vgl. auch Anatol Lieven, Die USA brauchen Russland, Le Monde diplomatique (dt. Ausgabe), Nr. 8810, 13.02.09.

143 Die Zentralität der Respektbekundung hob der Präsident des American Iranian Council (AIC), Hooshang Amirahmadi, gegenüber dem Autor am

der iranische Parlamentspräsident und frühere Verhandlungsführer im Atomkonflikt Ali Larijani auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009 hervorhob, müsse der Iran aufgrund der kulturellen Kenntnis der Region – im Gegensatz zu den nicht-regionalen und manch anderen regionalen Mächten – stärker in Afghanistan und anderswo einbezogen werden.¹⁴⁴ Irans Rolle ist in vielen für Washington ausschlaggebenden Schauplätzen von maßgeblicher Bedeutung: im Irak, um eine pro-amerikanische und stabile Regierung, welche naturgemäß von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit dominiert sein müsste, sicherzustellen; in Afghanistan, um eine ebenso geartete Regierung zu stellen sowie das Land wirtschaftlich aufzubauen; und schließlich in Pakistan, um eine (Wieder-)Erstarkung der Taliban vermeiden zu helfen.¹⁴⁵ Trotz des Interesses des Irans, eine dauerhafte US-Präsenz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu vermeiden, indem man beispielsweise gegen die Besatzung kämpfenden Widerstandsgruppen Hilfe zukommen lässt, hat der Iran nicht zuletzt wegen seiner im Irak und Afghanistan getätigten Investition sowie seiner eigenen Stabilität ein Interesse an der Stabilität dieser Länder. Falls der politische Wille beibehalten werden sollte, all diesen Konfliktherden nicht mehr unilateral, sondern in einem multilateralen Rahmen zu begegnen, kommt dem Iran eine nicht zu überwindende Schlüsselrolle zu. Unterm Strich wurde in Washington zunehmend realisiert, dass eine selektive Annäherung zwischen den USA und dem Iran in beiderseitigem Interesse liegt.

(5) In den meisten Papieren werden Wirtschaftssanktionen, bis hin zu jenen, die das Land durch eine Energieblockade lähmen sollen, als zentrales Druckmittel angesehen, um US-Interessen durchzusetzen. In ihrer *Confirmation Hearing* vor dem US-Senat hatte denn auch Außenministerin Hillary Clinton bekräftigt, sollte ein Dialog nicht die erhofften Ergebnisse einfahren, „lähmende Sanktionen“ (*crippling sanctions*) für angebracht zu halten. Ihr Ministerium beabsichtige zudem die Vorstellungen Obamas umzusetzen, aber es sei nicht unbedingt

26.02.09 in London hervor.

144 Gespräch mit Larijani: „Das lässt sich nicht mit einem Lächeln lösen“, Interview von Nicolas Richter und Paul-Anton Krüger, sueddeutsche.de, 08.02.09.

145 Tariq Ali, Rede am Exeter College, Oxford University, 11.02.09, <http://politube.org/show/1319> (abgerufen am 22.11.09).

mit einem diplomatischen Erfolg zu rechnen. Darüber hinaus werden auch Sanktionen als Mittel angesehen, um *im Zuge* der Verhandlungsprozesse Druck auszuüben. Da das Sanktions-Thema eines der meistdiskutierten darstellt, lohnt eine genauere Betrachtung.

Sanktionen als falsche Medizin

... in einer multipolaren Welt

In einem zunehmend multipolaren und interdependenten 21. Jahrhundert sind Sanktionen zur Durchsetzung einzelner nationaler Interessen eine wenig realistische Gangart, sofern diese nicht von den relevanten Wirtschaftsmächten forciert werden. Dies kann mit zwei Phänomenen in Verbindung gebracht werden: (1) Der Ressourcenreichtum von Staaten wie dem Iran entzieht den von bestimmten Mächten – wie in diesem Falle den USA, aber auch EU-Staaten – verfolgten Sanktionsregimen die benötigte Effektivität. Einerseits ist die Rolle des Iran als Energielieferant für aufstrebende Mächte wie dem ständigen UN-Sicherheitsratsmitglied China einfach zu groß. Zudem hat Peking keinerlei Interesse, die Früchte seiner milliarden-schweren Investitionen in dem iranischen Erdöl- und Gassektor durch eine Unterstützung von vom Sicherheitsrat mandatierten UN-Sanktionen zu gefährden. Andererseits verfügen ressourcenreiche Länder oftmals über große Einkommen, womit ihre Attraktivität in Form von Kaufkraft in einer globalisierten Welt erhöht wird. So profitiert Russland, das auch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat innehat, vom lukrativen Export von Militär- und Nukleartechnologie an den Iran, das zudem eher durch die Fortsetzung als durch eine Beilegung des Iran-Konfliktes beibehalten werden würde.¹⁴⁶

(2) Einem geostrategisch so zentralen Land wie dem Iran kommt in einer sich herausbildenden Weltordnung des 21. Jahrhunderts eine herausragende Rolle zu. Großmächte wie Russland und China, die amerikanischer Hegemonie ablehnend gegenüberstehen, sofern sie ihre Interessen gefährdet sehen (so

146 Vgl. Ali Fathollah-Nejad, *Russian Roulette and the War on Iran – Ulterior Motives of a Potential Iran War Profiteer – and its Risks*, Global Research, Montreal: Centre for Research on Globalization, 21.04.07.

vor allem in Eurasien), nehmen den Iran als einen potenziellen strategischen Partner in der Abwehr einer zu dominanten Stellung Washingtons wahr.

Angesichts dessen hat der Iran auch bereits Wege eingeschlagen, um sich gegen Sanktionsfolgen zu immunisieren. Stammen noch vor der Revolution von 1979 die vier größten Importeure iranischen Erdöls aus dem Westen, waren es 2008 allesamt asiatische Staaten. Das wohl wichtigste Kennzeichen der engeren Einbindung in Eurasien ist Teherans Bewerbung als Vollmitglied in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), die sich gegen den Einfluss der USA in der Region stemmt. Zudem lässt sich der Iran seit Anfang 2008 die Erdöllieferungen hauptsächlich in Euro und Yen bezahlen und will mit einer Umschichtung seiner Dollar-Reserven einem erneuten Einfrieren seiner Auslandskonten vorbeugen. Die Sanktionsstrategie führt somit nur zu einer Forcierung des sehr realen Trends des Irans – weg vom Westen, hin zum Osten. Eine Entwicklung, die weder den langfristigen Interessen der USA noch der EU dient.¹⁴⁷

... für Entwicklung und Konfliktlösung

Zuweilen spielen auch als moderat eingestufte Gruppen in den USA wie das AFFP mit dem Gedanken, Sanktionen als Verhandlungsmasse auf dem Tisch zu belassen. Nicht nur haben bekannte Persönlichkeiten der iranischen Zivilgesellschaft wie Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi wiederholt wirtschaftlichen Sanktionen eine klare Absage erteilt.¹⁴⁸ Auch der bei den Wahlen im Juni 2009 unterlegene Präsidentschaftskandidat Mir-Hossein Mousavi hat den Vorschlag einer Reihe von exil-iranischen Akademikern und Antikriegsaktivisten angenommen, sich öffentlich gegen die Verhängung von Sanktionen auszusprechen.¹⁴⁹ Dass Sanktionen und Gewaltandrohung

147 Vgl. Fathollah-Nejad / Shabafrouz, op. cit.

148 Vgl. A Conversation with Nobel Laureate Shirin Ebadi, Washington: Carnegie Endowment, 02.02.09, http://carnegieendowment.org/files/020209_shirin_ebadi_transcript_proofed.pdf; Shirin Ebadi, The Human Rights Situation in Iran, Vortrag, School of Advanced Study, Senate House, London, 08.12.09.

149 Vgl. Mousavi, Statement No. 13, 28.09.09, www.campaigniran.org/casmii/index.php?q=node/8700; Truth and Reconciliation for Iran, Offener Brief, guardian.co.uk, 31.07.09.

der Zivilgesellschaft immensen Schaden zufügen, stellen auch 40 engagierte Wissenschaftler aus Europa, den USA und dem Iran in ihrem Aufruf zum Schutz der iranischen Zivilgesellschaft fest.¹⁵⁰ Dem Harvard-Ökonomen Djavad Salehi-Isfahani zufolge bezahlt Irans Bevölkerung, vor allem dessen ärmere Schichten, den Preis von Sanktionen.¹⁵¹ Denn das gegen den Iran herrschende Sanktionsregime beeinträchtigt auf westliche Güter angewiesene zivile Industriebranchen bis hin zu medizinischer Versorgung.

Wie die letzten Jahre vor Augen geführt haben, sind Sanktionen auch politisch ein ungeeignetes Mittel. Teherans politische Elite zeigt sich Sanktionen gegenüber weiterhin unbeeindruckt. Immerhin habe man auch acht Jahre Krieg gegen einen vom Westen unterstützten Saddam-Regime und 30 Jahre Embargo überstanden, so die dortige Auffassung. Doch wie Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), im Folgenden zutreffend formuliert, sind die Annahmen der Sanktionspolitik als effektives politisches Instrumentarium vollkommen fehlgeleitet: „Die bisherigen Sanktionen haben nicht die Wirkung erzielt, die man hatte erreichen wollen. Internationale Politik neigt gelegentlich dazu, sich einzureden, dass man nur mehr von derselben Medizin brauche, wenn die bei der ersten Verabreichung nicht wunschgemäß wirkt. Tatsächlich sollte man von Sanktionen keine Wunder erwarten. Sie werden die iranische Regierung kaum mit wirtschaftlichen Strafmaßnahmen dazu bringen, eine Politik aufzugeben, die nicht in erster Linie wirtschaftliche, sondern politische und sicherheitspolitische Hintergründe hat.“¹⁵²

150 Die iranische Zivilgesellschaft schützen, Erklärung vom 06.08.09, FriedensForum 22 (6), Dez. 2009–Jan. 2010, S. 14, <http://www.campaigniran.org/casmii/index.php?q=node/8391>.

151 Vgl. Djavad Salehi-Isfahani, Iran Sanctions – Who Really Wins?, 30.09.09, www.brookings.edu/opinions/2009/0930_iran_sanctions_salehi_isfahani.aspx.

152 Atomstreit – „Sanktionen bewirken keine Wunder“, op. cit. Zu Auswirkungen von Sanktionen vgl. Gary Clyde Hufbauer et al., *Economic Sanctions Reconsidered*, Washington: Peterson Institute 2007. Zu den Iran-Sanktionen vgl. U.S. Government Accountability Office, *Iran Sanctions – Impact in Furthering U.S. Objectives Is Unclear and Should Be Reviewed*, Dez. 2007, www.gao.gov/new.items/d0858.pdf; Hossein G. Askari et al., *Case Studies of U.S. Economic Sanctions – The Chinese, Cuban, and Iranian Experience*, Westport, CT: Praeger 2003, S. 171–220.

Gescheiterter Auftakt – Wie Obama in den Atomverhandlungen zu hoch pokerte

Der Verhandlungsprozess zwischen dem Westen und dem Iran war in der Vergangenheit nicht von Erfolg gekrönt; vielmehr hat er durch sein Misslingen maßgeblich zur Eskalation des Konfliktes beigetragen.¹⁵³ Eine Analyse des im Herbst 2009 angestoßenen neuen diplomatischen Anlaufs liefert nützliche Hinweise über favorisierte Strategien der maßgeblichen Akteure, vor allem der USA und des Iran.¹⁵⁴ Mit der Ankündigung Obamas, mit Teheran in direkte Verhandlungen zu treten, wurde formal betrachtet ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnet. Die erste Episode fand ihren Anfang am 1. Oktober 2009, als in Genf Verhandlungen zur Beilegung des „Nuklearstreits“ zwischen den G5+1 (den fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland) und dem Iran begannen.

Neben der allgemeinen, bereits erwähnten strategisch-politischen Notwendigkeit von Gesprächen, kamen Faktoren nuklearpolitischer Art hinzu. Für sein von den USA zu Schah-Zeiten erbauten Teheraner Forschungsanlage, das medizinische Radio-Isotope herstellt, benötigt der Iran auf 20% angereichertes Uran. Teheran hatte 23 kg dieses Brennstoffes zwischen 1988 und 1993 von Argentinien erhalten, mit dem es ein Abkommen darüber unterzeichnet hatte. Da die Lieferung voraussichtlich Ende 2010 erschöpft sein würde, rief Außenminister Manouchehr Mottaki in einem Schreiben vom Juni 2009 die IAEA an, unter der Aufsicht der Atombehörde das benötigte Uran zu erwerben und somit den weiteren Betrieb der medizinischen Anlage zu gewährleisten. Dies hätte jedoch eine Lockerung der vom UN-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen erfordert. Gleichzeitig besteht die Aufgabe der IAEA just darin, Mitgliedsländern

153 Vgl. Fathollah-Nejad, „Don't blame the messenger for the message“?, op. cit.

154 Die folgenden Ausführungen basieren u.a. auf: Gareth Porter, *The US/Iran Talks – The Road to Diplomatic Failure*, CounterPunch, 10.12.09 (in gekürzter und vom Herausgeber stark veränderter Fassung erschienen als: *Tehran's Fuel for Conflict – Washington-Tehran Nuclear Deal Hasn't Worked Out*, *Le Monde diplomatique* [englischsprachige Ausgabe], Dez. 2009; sowie Bahman Nirumand, *Iran-Report*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung 8 (10), Okt. 2009, S. 12-14; *ibid.* 8 (11), Nov. 2009, S. 9-11; *ibid.*, 8 (12), Dez. 2009, S. 11-14.

wie dem Iran beim Betrieb ihres zivilen Atomprogramms behilflich zu sein. Ein wesentlicher Aspekt, der den Forderungen in den gegen den Iran verhängten UN-Sicherheitsratsresolutionen diametral entgegensteht. Nicht zuletzt deswegen bezweifelt Teheran die Rechtmäßigkeit dieser Resolutionen.¹⁵⁵

Als Washington von dieser iranischen Anfrage erfuhr, wurde eine diplomatische Strategie ausgearbeitet. Diese verfolgte das Ziel, iranische Bestände an leicht angereicherterem Uran zu reduzieren, um somit zu verhindern, dass das Land genügend Brennstoff für eine Atombombe habe („*break-out capability*“). Bei einem Moskau-Besuch im Juli 2009 hatte der Berater des Weißen Hauses für Fragen des iranischen Atomprogramms im Besonderen und nuklearer Proliferation im Allgemeinen, der bereits erwähnte Gary Samore, einen Plan einleiten können, wonach Teherans *break-out capability* um ein Jahr verzögert werden sollte. Danach sollte irisches schwach (circa 3,5 bis 5%) angereichertes Uran (*low enriched uranium*, LEU) in Russland in höher angereicherte Brennstäbe umgewandelt werden. Gemeinsam mit Bruce Reidel hatte Samore ein Jahr zuvor einen ähnlichen Weg vorgeschlagen.¹⁵⁶

Eine Woche nachdem Teheran seine Teilnahme an den Genfer Gesprächen zusagte, wurde der Bau einer bis dato unbekanntan Atomanlage in Qom bekanntgegeben. Eine Flut der Empörung setzte insbesondere in westlichen Hauptstädten ein. Eine Untersuchung der Hintergründe der später von IAEA-Direktor Mohammad El-Baradei als „Loch in einem Berg“ bezeichneten geplanten Atomanlage deutet auf sicherheitspolitische Motive hin, die sogar Irans IAEA-Vertreter Ali-Asghar Soltanieh bestätigte. Somit sei die Anlage für den Fall gedacht, dass Israel die Haupt-Anreicherungsanlage in Natanz zerstöre.¹⁵⁷ Noch vor seiner Regierungsberufung hatte Samore dafür geworben, israelische Angriffsdrohungen für die US-Diplomatie gegenüber

155 Vgl. Fathollah-Nejad, *Iran in the Eye of Storm*, op. cit., S. 39-59.

156 Riedel / Samore, *Managing Nuclear Proliferation in the Middle East*, Kap. 4, in: *Restoring the Balance*, op. cit.

157 Vgl. Gareth Porter, *New Doubt Cast on U.S. Claim Qom Plant is Illicit*, IPS, 02.10.09; *ibid.*, *Secrecy Shrouds Iran's Contingency Centers*, Asia Times Online, 19.11.09.

dem Iran auszunutzen. US-Vizepräsident Biden hatte im Juli 2009 einen Angriff Israels für möglich gehalten.

Am Rande der UN-Vollversammlung im September 2009 sagte der EU-Außenbeauftragte Javier Solana, dass die G5+1 bei den geplanten Atomverhandlungen weiterhin auf das Einstellen des iranischen Atomprogramms beharren würden. Anfang Oktober in Genf, als es zu ersten offiziellen Gesprächen zwischen hochrangigen amerikanischen und iranischen Vertretern seit dem Abbruch der Beziehungen infolge der iranischen Revolution von 1979 kam, legten die G5+1 ein Angebot an den Iran vor.¹⁵⁸ Danach sollte 80% des iranischen LEU zur 20-prozentigen Anreicherung nach Russland gebracht und danach in Frankreich zu Brennstoff für die Teheraner Anlage weiterverarbeitet werden. In Washington hatte man sich damit einen diplomatischen Sieg erhofft, sofern der Iran tatsächlich den Großteil seines angereicherten Urans außer Landes schaffen würde.

In Teheran war die Regierung von Mahmoud Ahmadinejad durch die innenpolitische Krise infolge der Präsidentschaftswahlen vom Juni in die Defensive geraten und versprach sich durch einen diplomatischen Erfolg in Form eines Durchbruchs in der Atomfrage, der Opposition im eigenen Land Wind aus den Segeln zu nehmen. Der dem Präsidenten nahestehende Vorsitzende des Obersten Nationalen Sicherheitsrats, Saeed Jalili, wurde angehalten, sich kooperativ zu zeigen und schlug das Angebot der Großmächte nicht aus. Laut Angaben eines hochrangigen US-Vertreters (vermutlich der oberste US-Diplomat William Burns) hatte der Iran dem Vorschlag „im Prinzip“ zugestimmt, um somit 1200 kg seiner 1800 kg LEU zur Weiterverarbeitung ins Ausland zu verschicken.¹⁵⁹ Zwei Wochen später und somit wenige Tage vor der für den 19. bis 21. Oktober anberaumten zweiten Verhandlungsrunde in Wien dementierte ein iranischer Offizieller die westlichen Medienberichte über eine Zustimmung seines Landes zu dem unterbreiteten Vorschlag.

158 Vgl. Jim Lobe, Iran – New Nuke Charges Raise Stakes in Upcoming Talks, IPS, 25.09.09.

159 Vgl. Julian Borger, Iran Agrees to Send Uranium Abroad After Talks Breakthrough – Provisional Deal Offers Hope of Defusing Crisis, The Guardian, 02.10.09; vgl. Louis Charbonneau, Iran nuclear Talks with U.S. and Allies Eases Tension, Reuters, 02.10.09.

In der österreichischen Hauptstadt stand ein vom Direktor der dort ansässigen IAEA, El-Baradei, vorbereiteter Entwurf eines Atomabkommens zwischen den G5+1 und dem Iran im Zentrum der Gespräche. Dieser sah vor, dass Teheran etwa 75% seiner Uran-Bestände von schätzungsweise 1,5 Tonnen in Russland anreichern und in Frankreich zu Brennstäben weiterverarbeiten lasse. Damit sollten die iranischen Vorräte an spaltbarem Material unter die für den Bau von Atomwaffen notwendige Menge gedrückt werden. Ein französischer Diplomat bekundete gegenüber der *Washington Post*, dass der Entwurf „nicht sehr weit“ von der für den Westen idealen Lösung liege. Am letzten Tag der Wiener Gespräche meldeten westliche Medien wieder eine Zustimmung des Iran. Soltanieh sah den Entwurf „auf den richtigen Weg“, eine Entscheidung könne aber erst nach sorgfältiger Prüfung erfolgen. El-Baradei selbst unterstrich, dass es keine Einigung gegeben habe, forderte Teheran aber auf, innerhalb von zwei Tagen zu antworten.

Die iranische Antwort ließ jedoch auf sich warten. In den dortigen Machtzirkeln setzte eine Diskussion über das Für-und-Wider des vorliegenden Abkommens ein, die fast eine Woche dauern sollte. Protest meldete sich auch aus der inneriranischen Opposition an, so unter anderem von den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Mir-Hossein Mousavi und Mohsen Rezaei (amtierender Vorsitzender des mächtigen Schlichtungsrates). Die Kritikpunkte umfassten den Vorwurf des Ausverkaufs des Atomprogramms, zumal die Rückkehr des höher angereicherten Urans nicht ohne Weiteres garantiert werden könne. Der ehemalige Atomunterhändler und amtierende Parlamentspräsident Ali Larijani sowie der Vorsitzende des Parlamentsausschusses zu Fragen nationaler Sicherheit und Außenpolitik, Alaeddin Boroujerdi, schlugen vor, dass der Iran stattdessen das benötigte Uran aus dem Ausland käuflich erwerben solle. Als am 29. Oktober Mousavis Anprangerung des westlichen Vorschlags veröffentlicht wurde, wonach dieser „alle Anstrengungen von tausenden [iranischen] Wissenschaftlern in den Wind schlägt“, gab Teheran seinen Gegenvorschlag bekannt.¹⁶⁰ Dieser spiegelte den drei Tage zuvor dargelegten Vorschlag Boroujerdis wider, der im Kern einen „simultanen Austausch“ vorsieht.

160 Vgl. Yossi Melman, Iran to IAEA – Access to Nuclear Fuel Before Uranium Deal, Haaretz.com, 30.10.09.

Es wird weithin angenommen, dass der Vorsitzende des zuvor genannten Ausschusses, dem Boroujerdi vorsitzt, die Meinung des tonangebenden Staatsoberhauptes Ayatollah Ali Khamenei wiedergibt. Demnach soll das niedrig angereicherte Uran in mehreren Schritten außer Landes gebracht werden und nicht in einer Lieferung, sodass ein gleichzeitiger Austausch zwischen dem niedrig angereicherten Uran des Landes gegen höher angereicherten Brennstoff aus dem Ausland stattfinden könnte.

Bahman Nirumand erfasst die westliche Perspektive und bemerkt: „Nach den [*sic*] IAEA-Vorschlag hätte Iran sein Uran eigentlich erst nach der Verarbeitung im Ausland zurückbekommen. Dies würde dem Westen etwa ein Jahr mehr Zeit für weitere Verhandlungen bringen. Ein sofortiger Tausch des niedrig angereicherten Urans gegen höher angereichertes Material, wie es Iran nun offenbar fordert, würde dagegen keinen Spielraum für Gespräche garantieren. Auch eine schrittweise Lieferung des Urans ins Ausland dürfte auf Ablehnung stoßen, weil dadurch die kritische Menge von spaltbarem Material für den Bau einer Atombombe nicht unterschritten werden dürfte.“¹⁶¹ Während der Westen durch die signifikante Reduzierung des Bestands an LEU auf iranischem Boden aus einer Position der Stärke verhandeln will, wittert Teheran die Gefahr, dadurch nicht auf Augenhöhe Gespräche führen zu können. Ganz in diesem Sinne führt Gareth Porter ein strategisches Motiv für Teherans ins Feld: *“Those objections to the plan all reflected recognition that the ElBaradei draft would deprive Iran of the bargaining leverage they [the Iranians] have so painfully accumulated in the form of its LEU stocks. Senior Iranian national security officials had acknowledged in informal conversations that their main purpose in accumulating low enriched uranium was to compel the United States to sit down and bargain seriously with Iran. They had observed that, in the past, before the enrichment program began, the United States exhibited no interest in negotiations. From that strategic perspective, Iran is now in a position to negotiate with the United States in a way that it was not under [the administrations of Ali-Akbar Hashemi] Rafsanjani and [Mohammad] Khatami, thanks to its LEU stocks.”*¹⁶²

161 Nirumand, Iran-Report 8 (11), Nov. 2009, S. 10.

162 Porter, The US/Iran Talks – The Road to Diplomatic Failure, op. cit. Erläuterungen in eckigen Klammern stammen vom Autor.

Für das vorzeitige Scheitern der Verhandlungen macht Porter indes Washingtons diplomatische Strategie verantwortlich: *„Along with [...] its European allies, the Obama [administration] seized on a plan that cleverly asked Iran to divest itself of the bulk of its stock of low-enriched uranium (LEU). It seemed to represent a golden opportunity to set back Iran’s nuclear program, and despite the warning signs that such an objective is not achievable by the West, it lured the West away from a serious effort to find a diplomatic compromise with Iran aimed at defusing the decades-long hostility between Washington and Tehran. [...] Thus the talks with Iran will have ended without having attempt[ed] to explore the possibility of a larger bargain with Iran. That would have involved an end to overtly hostile U.S. policies and a symbolic recognition of Iran’s legitimate interests and status in Middle Eastern politics. That the Obama administration did not even try, despite Obama’s commitment to diplomatic engagement, is partly due to the desire of Samore and other advisers to try to impose a diplomatic solution on Iran that could be portrayed as a diplomatic victory over Iran, even if only in the short-term.“*¹⁶³ Unterm Strich lässt sich sagen, dass die USA und ihre EU-Partner die Erfahrungen aus dem Verhandlungsprozess der letzten Jahre außer Acht gelassen haben und stattdessen zu hoch gepokert haben.

In Washington erhoffte man derweil parteiübergreifend aus der Tatsache überhaupt in direkten Verhandlungen getreten zu sein, politisches Kapital zu schlagen. So verteidigte Anfang Dezember 2009 der Vorgänger von William Burns, Nicholas Burns, die Iran-Politik des US-Präsidenten. Denn nur dadurch, verhandelt zu haben, erziele man höhere Legitimität, den Druck auf den Iran zu erhöhen.¹⁶⁴ Ende September hatte Obama selbst Ähnliches geäußert: „Wenn wir feststellen, dass Diplomatie nichts bringt, werden wir in einer viel stärkeren Position sein, um zum Beispiel Sanktionen anzuwenden, die Biss haben.“

163 Porter, *The US/Iran Talks – The Road to Diplomatic Failure*, op. cit. Erläuterungen in eckigen Klammern stammen vom Autor.

164 *Outlook on Iran*, Washington Journal, C-SPAN, 05.12.09, <http://www.c-span-video.org/program/290454-4> (abgerufen am 15.12.09). Für eine kritische Betrachtung der zum Teil die Bush-Diplomatie gegenüber dem Iran verfälschenden Aussagen Burns’ vgl. Kaveh Afrasiabi, *Deconstructing Nicholas Burns*, Middle East Online, 11.12.09.

Mehr Zuckerbrot, mehr Peitsche? Forcierung einer gescheiterten Strategie ist zum Scheitern verurteilt

Vor dem Hintergrund der oben diskutierten Iran-Strategiepapiere lässt sich die in der zweiten Jahreshälfte 2009 von Washington betriebene Diplomatie eher in die Kategorie Zwangsdiplomatie einordnen. Denn wie nun zu zeigen sein wird, krankt das „diplomatische Engagement“ der Obama-Administration an altbekannten Fehlern. Bushs Nachfolger hat eine Iran-Politik mit „*Bigger Carrots & Bigger Sticks*“ („größeres Zuckerbrot und größere Peitsche“) angekündigt.¹⁶⁵ Dieser Ansatz enthält signifikante Defizite, die einer friedlichen diplomatischen Einigung im Weg stehen sowie die Aussicht auf eine Entspannung und Annäherung behindern.

(1) *Koloniale Attitüde*: Allein das Festhalten an einer an die koloniale Ära erinnernden Herr/Knecht-Metapher erzeugt widerspenstige Reaktionen aus dem Iran, dessen politische Kultur aufgrund seiner modernen Geschichte stark von anti-kolonialistischen und Unabhängigkeit bestrebenden Zügen geprägt ist.¹⁶⁶

(2) *Paradoxe Strategie*: Die Unzulänglichkeit dieses Ansatzes besteht im Kern darin, dass das angebotene „Zuckerbrot“ – sei es in Form von Kooperationsofferten oder jeder Art von vertrauensbildenden Maßnahmen – durch die „Peitsche“ in Form von Sanktionen und sogar Kriegsdrohungen in einem Widerspruch und nicht etwa, wie Politiker in westlichen Hauptstädten es beteuern, komplementär zueinander steht. Dies führt zu einer Situation, die Walsh, Pickering und Luers folgendermaßen schildern: „*It seems that every conversation about Iran is a*

165 Vgl. Ross, Iran – Talk Tough With Tehran, op. cit.; Tara Sarin, Engaging Iran – “Bigger Sticks and Bigger Carrots”, Neu Delhi: Institute of Peace and Conflict Studies (Articles, Nr. 2975), 25.09.09.

166 Wie iranische Vertreter nicht selten monieren, seien Zuckerbrot und Peitsche im Umgang mit Affen geeignet und nicht mit einem Land wie ihrem, das eine jahrtausendealte Zivilisation vorzuweisen hat. Zur „antikolonialistischen Dritt-Welt-Logik“ der Islamischen Republik vgl. Walter Posch, Das Erfolgsrezept der Ayatollahs, Die Furche (4), 23.01.09, S. 22-23, hier S. 22; vgl. Arshin Adib-Moghaddam, Iran in World Politics – The Question of the Islamic Republic, New York: Columbia University Press 2008; sowie Hamid Dabashi, Iran – A People Interrupted, New York: New Press 2007.

*conversation about sanctions. Even in the midst of negotiations, the talk is as likely to be about the sanctions that might follow as it is about the negotiation itself.*¹⁶⁷

(3) *Wo ist das Zuckerbrot?* Es gibt bislang keinerlei Hinweise, wo die „*Bigger Carrots*“ zu vermuten wären, die insbesondere in Bezug auf das nach wie vor massive iranische Sicherheitsproblem vorzuweisen wären (z.B. in Form einer Nichtangriffsgarantie oder eine Massenvernichtungsfreie Zone in der Region).¹⁶⁸ Dem Land müssten seine legitimen Interessen und sein Status in der Region anerkannt werden, die unmittelbar mit dem Ende der feindseligen Haltung der USA einhergeht.

(4) *Aus vergangenen Misserfolgen lernen:* Der Ansatz vermisst es, Schlüsse aus der diplomatischen Erfahrung der letzten Jahre zu ziehen. So war eine wichtige Lehre aus den gescheiterten Atomverhandlungen zurzeit der Bush-Präsidentschaft, dass das westliche Insistieren auf die Einstellung des iranischen zivilen Nuklearprogramms aus verschiedenen Gründen vergeblich ist. Trotz anderslautender Bekundungen, zielt die gegenwärtige Strategie der Obama-Administration unverändert auf die Aufgabe des iranischen Atomprogramms ab. Mit dem Bestreben Letzteres mit dem Außerlanderschaffen iranischen LEUs zu erreichen, bestätigt die Annahme, dass die westliche Iran-Diplomatie im Bush-Modus zu verfangen zu sein scheint. Aufgrund des historisch gespeisten Unabhängigkeitsbestrebens sowie strategischen Erwägungen, um ein ausländisches Diktat zu verhindern, wird in Teherans Haltung wohl auch in Zukunft keine signifikanten Änderungen Einzug halten.

(5) *Keine nüchterne Einschätzung iransicher Außenpolitik:* Der Ansatz basiert auf einer unzureichenden, wenn nicht gar fehlgeleiteten Einschätzung der Außenpolitik des Iran, welche vor allem davon ausgeht, dass Teheran zweifelsohne nach der Atombombe strebe. Somit bliebe nichts Anderes übrig, alle Optionen – auch die militärische – in Erwägung zu ziehen, um Teheran von diesem Weg abzubringen. Die Fallstricke dieser

167 Walsh / Pickering / Luers, *Iran and the Problem of Tactical Myopia*, op. cit.

168 Vgl. Scott Ritter, *With Iran, Obama Needs More Carrot, Less Stick*, *Truthdig*, 13.11.08; vgl. Michael Wrase, *Der Iran als Verbündeter?*, *Berner Zeitung*, 25.02.09.

Denkart fassen Walsh, Pickering und Luers zutreffend zusammen: „*This »inevitability assumption« [of failing negotiations with Iran and of ultimately Iran acquiring nuclear weapons] has been a common belief in the nuclear age, and yet, it has repeatedly turned out to be wrong. The examples include Egypt, Germany, Japan, South Korea, and Taiwan. The assumption is tantamount to relying on a worst-case scenario, which in turn has the effect of truncating the list of potential policy options. Worse yet, an assumption that Iran is going nuclear can lead decision-makers to miss the signals and signs when a negotiated settlement is actually possible.*“¹⁶⁹

(6) *Kriegsvorbereitende Diplomatie*: Eine in dieser Art durchgeführte diplomatische Offensive ist kaum dazu geeignet eine friedliche Lösung, welche legitime Interessen und Rechte der Iraner respektiert, herbeizuführen. Falls Gespräche aufgrund der Forderung nach einer Aufgabe des iranischen Atomprogramms auf eigenem Boden scheitern – wovon auszugehen ist –, dann soll es nicht nur in den Augen der „Falken“ zu einer raschen Eskalation samt kriegsähnlichen Maßnahmen kommen. Vielmehr erleichtert solch eine Zwangsdiplomatie den Griff nach der „militärischen Option“.¹⁷⁰ Die Ausführungen des Obama-Beraters Martin Indyk sind hierzu aufschlussreich: „Falls [Obama] [Verhandlungen mit dem Iran] versucht und scheitert, dann werden andere Optionen legitimer.“¹⁷¹

Somit bleibt zu festzustellen, dass eine Beibehaltung und sogar *Verstärkung* dieser gescheiterten und kontraproduktiven transatlantischen Strategie kaum Erfolg verspricht, sondern führt in eine Sackgasse mündet.¹⁷² Ist man aus westlicher Perspektive aufgrund des angeblichen vom Iran verschuldeten Scheiterns

169 Walsh / Pickering / Luers, *Iran and the Problem of Tactical Myopia*, op. cit. Erläuterungen in eckigen Klammern stammen vom Autor.

170 Fathollah-Nejad, „Don't blame the messenger for the message?“, op. cit.

171 Zit n. Obama's Engagement in Iran, Riz Khan, Al Jazeera, Diskussion mit Indyk und Amal Saad-Ghorayeb, 22.01.09, <http://www.youtube.com/watch?v=9hGw8C2KFrM>. Auch Indyk weist darauf hin, dass Obamas Vokabular an jenes der Clinton-Administration erinnere. Es gehe darum, den „Kurs zu korrigieren“, ist dieser sich sicher. Erläuterungen in eckigen Klammern stammen vom Autor.

172 Vgl. Christoph Bertram, *Rethinking Iran – From Confrontation to Cooperation*, Paris: European Union Institute for Security Studies (Chaillot Paper, Nr. 110), Aug. 2008.

diplomatischer Anstrengungen an einem „*Point of no return*“ angelangt, so bleibt allem Anschein nach die Wahl zwischen Pest und Cholera – „lähmende Sanktionen“ und militärischer Angriff –, wobei das Erste leicht das Letztere zeitigen kann.

It's the security, stupid! Wenn das Rationale den Blick für Lösungen frei macht

Teheran ist kurz davor sich atomar zu bewaffnen, womit er nichts Geringeres als den Weltfrieden bedroht, tönt es in regelmäßigen Abständen aus westlichen Hauptstädten und Israel. Solch einer Version des Konflikts mit Teheran entgegnet der Strategie-Experte Christoph Bertram: „Es ist Zeit, uns die Augen zu reiben und uns zu fragen, ob dies eine stichhaltige (*sound*) Analyse oder kollektive Konfusion ist“.¹⁷³ Seine Schrift, die anstelle von Konfrontation, Kooperation mit dem Iran fordert, wurde im Sommer 2008 von *dem* Think-Tank der EU herausgegeben. Von Bertrams Nachfolger als Direktor der die Bundesregierung beratenden Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Volker Perthes, erschien dann ungefähr zur gleichen Zeit eine ähnliche Studie, die dieser auf der Grundlage eines Berichtes für die europäisch-nordamerikanisch-japanische *Trilateral Commission* verfasst hatte.¹⁷⁴ Beide international ausgewiesene Experten fordern ein Umdenken in der transatlantischen Iran-Politik, die seit Ausbruch der „Atomkrise“ eine Sanktions- und Anreiz-Politik („Zuckerbrot und Peitsche“) verfolgt. Der Iran habe eine einzigartige Stellung hinsichtlich der europäischen Energiesicherheit,¹⁷⁵ aber auch in Fragen regionaler Stabilität, hält Perthes fest. Die friedliche Lösung des Iran-Konfliktes stellt die größte Herausforderung für die europäische Außenpolitik dar, ist sich der Außen- und Sicherheitspolitikexperte sicher. So wäre „für die EU ein Erfolg der diplomatischen Bemühungen im Konflikt mit Iran auch mit Blick auf ihre eigene

173 Bertram, Partner, nicht Gegner – Für eine andere Iran-Politik, Hamburg: Edition Körber-Stiftung, Mai 2008, sowie *Rethinking Iran*, op. cit., S. 9.

174 Vgl. Ray Takeyh / Hitoshi Tanaka, *Engaging Iran and Building Peace in the Persian Gulf Region*, Washington, Trilateral Commission (Task Force Report, Nr. 62), 2008; vgl. Volker Perthes, *Iran – Eine politische Herausforderung – Die prekäre Balance von Vertrauen und Sicherheit*, Frankfurt/M., Suhrkamp, 2008.

175 Perthes, *Iran – Eine politische Herausforderung*, op. cit., S. 16f.

politisch-institutionelle Weiterentwicklung und ihren Status als internationaler Akteur von Bedeutung“.¹⁷⁶

Bertram stellt klar, dass die Iran-Debatte bislang von „kollektiver Konfusion“ geprägt sei, die angeführten Unterstellungen der Teheraner Atom- und Militärpolitik bewegten sich allesamt im „Bereich der Spekulation“.¹⁷⁷ Auch Perthes kommt zu dem Schluss: „Es spricht [...] vieles dafür, dass eine strategische Entscheidung über das endgültige Ziel des iranischen Atomprogramms bislang nicht gefallen ist.“¹⁷⁸ Betreibe man eine realistische Einschätzung, so gehe keine unmittelbare Gefahr durch Irans Nuklearprogramm aus, so Bertram. Überzeugend und sich auf die inneriranische Strategiedebatte berufend, führt der frühere Leiter des Londoner *International Institute for Strategic Studies* (IISS, 1974–82) aus, dass ein „nuklearer Iran“ nicht im strategischen Interesse Teherans läge. Ganz im Gegenteil, eine Atommacht Iran würde nach dem Iran-Irak-Krieg mühsam erworbenes politisches Kapital durch das notwendigerweise zu erwartende Misstrauen der Nachbarn einbüßen. Denn, das stellt Perthes auch unter Angabe israelischer Strategie-Analysten klar, Iran sei durchaus als „rationaler oder ‚logisch‘ handelnder Akteur“ zu verstehen.¹⁷⁹ Demnach würden militärische Drohungen gegen das Land, eine zwecks Abschreckung erfolgende Militarisierung des Nuklearprogramms provozieren.¹⁸⁰

Was tun mit einer Nuklearmacht Iran?

Anschließend fragen beide Autoren, ob eine iranische Atombombe, wie westliche Politiker immer wieder betonen, in der Tat „inakzeptabel“ (Barack Obama) sei. Es gebe keine stichfesten Faktoren, die vermuten ließen, dass in solch einem Fall Instrumente einer Eindämmungspolitik wie damals gegen das sowjetische „Reich des Bösen“ nicht griffen. So werde auch von einer Atommacht Iran keine ihr nicht zu begegnende Gefahr ausgehen.¹⁸¹ „[M]assive Abschreckung“ gemeinsam mit

176 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 14.

177 Bertram, Rethinking Iran, op. cit., S. 9, 13.

178 Bertram, Rethinking Iran, op. cit., S. 113.

179 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 61.

180 Vgl. Fathollah-Nejad, Playing Nuclear Politics, op. cit.

181 Bertram, Rethinking Iran, op. cit., S. 14ff.

„Elementen aus dem Werkzeugkasten der Entspannungspolitik“ kämen hier zur Anwendung, so Perthes.¹⁸² Hinzu müsse man, so Letzterer, eine Art selektive Kooperation, vertrauensbildende Maßnahmen sowie regionale und bilaterale Sicherheitsarrangements anstreben, jedoch sei es ratsam, unverzüglich mit solchen Maßnahmen zu beginnen.¹⁸³

Beide Autoren unterstreichen die zentrale Bedeutung des Themas Sicherheit im Hinblick auf eine Konfliktlösung. So schreibt Perthes recht zutreffend: „Analytisch ein wenig vereinfachend lässt sich sagen, dass das Problem in der prekären Balance von Sicherheit und Vertrauen liegt: Es geht um Sicherheit *für* Iran und um *internationales* Vertrauen in die Absichten des Landes. Aber es geht gleichzeitig auch um Sicherheit *für* die Nachbarn Irans und um *iranisches* Vertrauen in die internationale Gemeinschaft.“¹⁸⁴ Abgesehen davon, dass eine große Mehrheit der UN-Staaten wiederholt ihre Unterstützung für das Teheraner Atomprogramm zum Ausdruck gebracht hat¹⁸⁵ und somit Perthes' Gebrauch des Begriffes „internationale Gemeinschaft“ ein im Westen gern zur Legitimitätsverschaffung amerikanisch-europäischer Politik ins Feld geführte Formulierung darstellt, bleibt die Kernaussage korrekt. Denn im Gegensatz zur bislang dominanten Debatte werden auch dem Iran – wie bisher nur Israel und „dem Westen“ – legitime Sicherheitsinteressen zugestanden.

Bei der Frage, welche konkreten Schritte angestrebt werden sollen, treten dann aber beachtliche Unterschiede hervor. Nach Perthes, sei das Angebot der „doppelten Suspendierung“ aufrechtzuerhalten, wonach bei einem Anreicherungsstopp Irans die Sanktionen ausgesetzt würden.¹⁸⁶ „Das Grundprinzip sollte sein, dass, wenn die Kosten, die Iran zu tragen hat, durch Sanktionen oder ihre Androhung steigen, auch die Chancen und der Nutzen für Iran zunehmen, wenn es seinen Kurs ändert. Dies muss vor allem eine echte Perspektive für Sicherheit, Zusam-

182 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 119.

183 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 119f.

184 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 121.

185 Fathollah-Nejad, Iran in the Eye of Storm, op. cit., S. 66ff.

186 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 123.

menarbeit und Partnerschaft einschließen.¹⁸⁷ Daher müssten Sanktionen mit „einem Angebot, welches Iran attraktiv genug findet und nicht zurückweist“ einhergehen. Doch sei momentan ein „klares und attraktives Angebot an Iran“ nicht in Sicht: „Gegenwärtig [Frühjahr/Sommer 2008] ist nicht klar, was die Strategie Europas und des Westens eigentlich ist.“¹⁸⁸ Auch nach dem umstrittenen Ausgang der iranischen Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 scheint sich daran wenig geändert zu haben, obgleich man zumindest in Washington zu der realpolitischen Einsicht gekommen ist, mit Teheran aufgrund der festgefahrenen Situation der USA in den iranischen Nachbarländern Irak und Afghanistan, ins Gespräch kommen zu müssen.

Im Gegensatz dazu hebt Bertram hervor, dass es keinerlei Nutzen hätte, an einer gescheiterten Strategie festzuhalten. Immerhin verfolge der Iran weiterhin recht unbeirrt sein Atomprogramm und werde es aufgrund seiner nationalen Symbolik kaum einzustellen in der Lage sein. Ohnehin bestehe in naher Zukunft keine Aussicht auf eine Nuklearbewaffnung des Landes. Laut dem letzten, im Sommer 2009 bekannt gewordenen Bericht über das iranische Atomprogramm, stellt das *Bureau of Intelligence and Research* (INR) des US-Außenministeriums fest, dass Teheran – wenn es sich denn politisch dazu entschiede – frühestens 2013 über eine Atombombe verfügen könnte.¹⁸⁹ Somit verspreche nur ein vollständig neuer Kurs Erfolgsaussichten, so Bertram. Er schlägt vor, dass dem Iran das Recht auf den Betrieb des vollständigen Brennstoffkreislaufs auf eigenem Territorium zugestanden werden solle. Dem Land seien aber zugleich über das NVV-Zusatzprotokoll hinausgehende Kontrollen aufzuerlegen. Angesichts Irans wiederholten Bekundungen, vollkommen mit der IAEA zusammenzuarbeiten und der Tatsache, dass solch eine Offerte die Souveränität des Landes respektieren würde, hält er solch einen Deal für aussichtsreich.¹⁹⁰ Und in der Tat weist Bertrams Argument zugunsten eines neuen

187 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 126.

188 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 124. Anmerkung in eckigen Klammern stammen vom Autor.

189 Daniel Luban, Nuclear Capability After 2013, Says U.S. Intelligence, IPS, 07.08.09; vgl. auch die Einschätzung des israelischen Militärexperten Martin van Creveld, Tanz mit Teheran – Israel überhöht die Bedrohung durch den Iran aus strategischem Interesse, Märkische Allgemeine, 20.07.09.

190 Bertram, Rethinking Iran, op. cit., S. 33-35.

Ansatzes einen realistischen Weg zu einer Verhandlungslösung. Falls das von Perthes ausgemachte „vitale [europäische] Interesse an regionaler Stabilität im gesamten Nahen und Mittleren Osten“ sowie an einer „Partnerschaft mit der Region“ mit Iran als „wichtigste[m] Partner“ befriedigt werden soll,¹⁹¹ dann sind Bertrams Vorschläge wesentlich zielführender, zumal sie aus den Fehlkalkulationen der bisherigen Strategie die richtigen Schlüsse ziehen, die historischen Sensibilitäten des Verhandlungspartners in Rechnung stellen sowie den geeignetsten Weg für eine im Interesse Europas liegende Einbindung eines nicht-nuklearen Irans darstellen.

Die EU zwischen Um- und Wunschenken

Trotz derartiger Signale aus strategischen Kreisen in der EU zugunsten eines Umdenkens in der bisherigen Iran-Politik scheint die transatlantisch orientierte politische Klasse an der *Coercive Diplomacy* der letzten Jahre festhalten zu wollen.¹⁹² Drei Tage nach der Wahl Obamas zum US-Präsidenten gab die französische EU-Ratspräsidentschaft ein vertrauliches sechsseitiges Papier zur transatlantischen Partnerschaft heraus. Vier Kernthemen werden ins Zentrum des außen- und sicherheitspolitischen Dialogs der EU mit der neuen US-Administration gestellt: (1) Effektiver Multilateralismus; (2) die Situation in Afghanistan und Pakistan; (3) die Situation im Nahen Osten; und (4) die transatlantischen Beziehungen zu Russland. Zum ersten Themenkomplex wird recht ausführlich auf den Iran eingegangen. Die bisherige *Dual-Track*-Strategie müsse fortgesetzt werden. Druck, vor allem ökonomischer Natur, müsse erhöht werden, bis Teheran sich zu einem „substanziellen Dialog“ bereit erklärt, womit Iran zu politischen Zugeständnissen in der Region gebracht werden sowie den UN-Sicherheitsresolutionen zur Einstellung des Atomprogramms nachkommen solle. Um die bisherige Taktik nicht zu gefährden, wäre ein

191 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 126f.

192 Vgl. Mark Fitzpatrick, *The Iranian Nuclear Crisis – Avoiding Worst-Case Outcomes*, London, IISS (Adelphi Paper, Nr. 398), Nov. 2008; vgl. Richard Dalton [ehem. britischer Botschafter im Iran] (Hrsg.), *Iran – Breaking the Nuclear Deadlock*, London, Chatham House, Dez. 2008.

amerikanisch-iranischer Dialog nur unter „bestimmten Konditionen nützlich“, heißt es darin warnend.¹⁹³

Um das Beharren der EU auf die alte Iran-Strategie gegenüber dem neuen US-Präsidenten zu bekunden, reiste der französische Außenminister (als Außenminister der EU-Präsidentschaft seines Landes) am 12. November 2008 nach Washington. Vor der dem Obama-Team nahestehenden *Brookings Institution* warnte Bernard Kouchner den künftigen, Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit Teheran in Aussicht stellenden, US-Präsidenten vor einem neuen Kurs in der Iran-Politik. Die bisherige Strategie, so Kouchner, sei „gewiss nicht gescheitert“. Ein eine Normalisierung der Beziehungen ermöglichender Dialog von Seiten der USA werde den bislang verfolgten „*dual track process*“ „verdammen“. Jeglicher Dialog müsse überdies „sinnvoll“ sein. Zum Schluss ließ Kouchner durchblicken, dass er nicht wünsche, dass die neue US-Administration einen „neuen Blick auf die ganze Sache“ werfe.¹⁹⁴

Schon früh spricht Perthes die Warnung aus: „Aus europäischer Perspektive ist es [...] wichtig, dass die enge politische Koordination mit Washington keinen Automatismus schafft, bei dem die europäischen Staaten schließlich gezwungen sein könnten, einem amerikanisch bestimmten Kurs zu folgen, den sie ursprünglich nie einschlagen wollten.“¹⁹⁵ Dies ist wohl vor dem Hintergrund zu verstehen, dass Europas Iran-Politik seit dem Sommer 2005 ins Fahrwasser der neokonservativ geprägten Bush-Politik geraten war – aber dies kaum ohne eigenes Verschulden, wie eine Betrachtung der EU-Diplomatie nahelegt.¹⁹⁶

193 The Transatlantic Partnership, 07.11.08, <http://globe.blogs.nouvelobs.com/media/01/00/1152257061.doc> (abgerufen am 25.01.09).

194 Zit. n. U.S.-European Relations – Toolbox for a New Era, Washington, Brookings Institution, 12.11.08, S. 17f.

195 Perthes, Iran – Eine politische Herausforderung, op. cit., S. 16.

196 Fathollah-Nejad, „Don't blame the messenger for the message?“ op. cit., S. 3ff.

Die „War Party“ als Konstante

Die unter Kapitel VII der UN-Charta verhängten Sicherheitsresolutionen gegen den Iran bergen nach wie vor die Gefahr einer kriegerischen Eskalation, wie dies im Falle des Irak zu beobachten war. Dennoch ist ein militärischer Angriff auf den Iran ist zwar nach wie vor wegen seiner zu erwartenden unkalkulierbaren Folgen – v.a. für US-Interessen in der ölreichen Region – eine für Washington kaum gangbare Alternative.¹⁹⁷ Und doch antizipieren beachtlich viele Gruppen eine Kriegeskalation.

Der militär-industrielle Komplex

Eine Erklärung dafür könnte darin liegen, dass der gigantisch aufgeblähte militär-industrielle Komplex (MIK) wegen seines Selbsterhaltungstriebes nicht daran interessiert ist, gegen die Jahre lang (mit-)aufgebaute „iranische Bedrohung“ die „militärische Option“ vom Tisch nehmen zu lassen. Der MIK umfasst ein gigantisches Netzwerk, das den Pentagon, die Rüstungsindustrie, neokonservative und andere (vor allem *Rand Corporation*) Think-Tanks und nicht zuletzt 350 Universitäten, die vom Pentagon finanzierte Militärforschung betreiben.¹⁹⁸ Krieg und die damit einhergehende Erhöhung des Militärbudgets stellen das lukrative Geschäft des MIK dar. Hinzu kommt, dass in den USA mit der Wahl Obamas und seinem versprochenen Wandel dringend notwendige Finanzspritzen in den zivilen Sektor nur mit dem Abbau des gigantischen, sich über eine Billion US-Dollar (Stand: 2007) belaufenden Verteidigungs- und Sicherheitshaushaltes möglich sind.¹⁹⁹ Eine Folge solcher Notwendigkeiten ist die zunehmende Nervosität des MIK und

197 Zu den militärischen Optionen der USA vgl. den Bericht des Militärstrategen Sam Gardiner, *The End of "Summer of Diplomacy" – Assessing U.S. Military Options on Iran*, New York: The Century Foundation 2006.

198 Zum MIK vgl. Massarrat, op. cit.; vgl. Melvin A. Goodman, *Obama v. Military-Industrial Complex*, ConsortiumNews.com, 23.10.09. Zu der Fabrizierung von Gefahren und dem MIK vgl. Ismael Hossein-Zadeh, *The Political Economy of U.S. Militarism*, New York / Basingstoke, Hampshire (GB): Palgrave-Macmillan 2006.

199 Vgl. Robert Higgs [Senior Fellow in Political Economy des Independent Institute], *The Trillion-Dollar Defense Budget Is Already Here*, Washington: The Independent Institute, 15.03.07. Auch unter Obama zeichnet sich keine Umkehr dieses Trends an; vgl. Miriam Pemberton, *A Unified Security Budget for the United States, FY 2010*, Washington: Foreign Policy In Focus, 18.11.09.

des Pentagons. Laut Angaben des *Center for Responsive Politics* schlägt sich dies darin nieder, dass der Verteidigungssektor bei den Präsidentschaftswahlen 2008 die historische Rekordsumme von 24,5 Mio. US-Dollar an beide Kandidaten der großen Parteien spendete.²⁰⁰ In Robert Kagans Argumentation, wonach eine glaubhafte Androhung militärischer Aktionen gegen den Iran notwendig ist, um einen Krieg zu vermeiden, spiegelt sich die krude Logik der Militaristen wider, die damit im Grunde genommen die Interessen des MIK zu sichern suchen.²⁰¹

Die Rolle des MIK bei amerikanischen „Wars of Choice“ der letzten Jahre wird zuweilen unterbelichtet. Indes liegen Studien zur Politischen Ökonomie dieser „neokonservativen Kriege“²⁰² vor, aus denen hervorgeht, dass der US-Krieg gegen den Irak primär kein Ressourcen- oder Öl-Krieg darstellte, sondern den Interessen des MIK und Israels zugute kam.²⁰³ Wie die Intensivierung der US-geführten Kriege im Irak, in Afghanistan und nun auch in Pakistan illustrieren, gibt es Anzeichen dafür, dass Washingtons Außenpolitik mehr im Verteidigungs- als im Außenministerium entschieden wird. Dass statt politisch-ziviler Alternativen weiterhin und sogar verstärkt die politisch bislang desaströse eiserne Faust des Militärs zum Einsatz kommen soll, ist Ausdruck einer Verschiebung im außenpolitischen Machtgefüge der USA zugunsten des Pentagon und zuungunsten des Außenministeriums, deren Ursprung in der der Diplomatie gegenüber feindlich und dem Militärischen gegenüber freundlich eingestellten Bush/Cheney-Administration hat. Für Nahost-Experte William Polk sind die unentwegte Forderungen nach Truppenaufstockungen ein Zeichen fortschreitender Macht des US-Militärs in den Bereichen Politik, Geheimdienst

200 <http://www.opensecrets.org/industries/indus.php?Ind=D> (abgerufen am 22.11.09).

201 Vgl. Robert Kagan, *Necessary Threat*, *The New Republic*, 23.04.07

202 Aufgrund ihrer ideologischen und machtpolitischen Charakteristika können die im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 erfolgten Kriege gegen Afghanistan („Erster Neokonservativer Krieg“) und den Irak („Zweiter Neokonservativer Krieg“) als solche bezeichnet werden; vgl. hierzu Arshin Adib-Moghaddam, *The International Politics of the Persian Gulf – A Cultural Genealogy*, London / New York: Routledge 2006.

203 Vgl. Ismael Hossein-Zadeh, *The Political Economy of US Wars of Choice – Are They Really Oil Wars?*, *Perspectives on Global Development and Technology* 8 (2-3), 2009, S. 295-314; *ibid.*, *The Political Economy of U.S. Militarism*, *op. cit.*

und Diplomatie: „*For the first time that I know of in recent American history, the uniformed military have created what amounts to a pressure group of their own. [...] And numbers of retired senior officers have joined not only in what President Eisenhower called the »military-industrial complex« but have become the opinion-makers on foreign policy in the media. Private soldiers and non-commissioned officers have, at the same time, become a major component of the private armies of such groups as Xe (formerly Blackwater) and form an active part of the constituency of the right wing of the Republican Party.*“²⁰⁴ So verwundert es kaum, dass führende US-Neokonservative Obamas Entscheidung zur Kriegeskalation in Afghanistan applaudierten und ihre Anhänger aufforderten, den Präsidenten auf diesem Wege zu unterstützen.²⁰⁵

Israels regionaler Dominanzanspruch und das gefährliche Spiel des Westens

Die durch einen Rechtsruck zustande gekommene israelische Regierung erzeugt zusätzliche Risiken hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines Militärschlages gegen den Iran. Der für seine Anti-Iran-Haltung bekannte Likud-Hardliner Benjamin Netanyahu, kündigte an, seine erste Amtsmission würde darin bestehen, die „nukleare Bedrohung“ durch den Iran abzuwenden – wenn nötig mit militärischen Mitteln.²⁰⁶ Tel Aviv fürchtet den Verlust seiner „*special relationship*“ mit Washington, dank dessen es in den letzten Dekaden mit erheblichen Militärmit-teln ausgestattet wurde und in seiner regionalen Politik dringend benötigte politisch-diplomatische Unterstützung fand. Israels Interesse am von Feindbildern gespeisten Status-Quo zeigte sich auch in der Erleichterung über die Wiederwahl Mahmud Ahmadinejads.²⁰⁷ Dass Israel einer iranisch-amerikanischen Annäherung ablehnend gegenübersteht hat im Kern jedoch mit der militärischen Balance in der Region zu tun und nicht etwa mit einer offensiv gearteten „iranischen Bedrohung“: „*Most observers believe that Israel’s preoccupation with Iran’s nuclear*

204 Polk, op. cit.

205 Frederick W. Kagan / William Kristol, Support the President – Beyond the Squabbling and Behind the Mission, *The Weekly Standard* 15 (13), 14.12.09.

206 Vgl. Aron Heller, Netanyahu Says Iran will Not Get Hands on Nukes, *Associated Press*, 31.01.09.

207 Vgl. Amos Harel / Avi Issacharoff, Ahmadinejad Win Actually Preferable for Israel, *Haaretz*, 14.06.09.

program stems from the fear that Iran would either use a nuclear weapon against Israel or give the bomb to one of its direct proxies. But such a scenario is highly improbable,“ stellt Ariel Ilan Roth für *Foreign Affairs* fest.²⁰⁸ Mit seinen auf 200 bis 300 geschätzten Atombomben genießt Israel eine nukleare Monopolstellung und das damit einhergehende Bild der Unbesiegbarkeit: *“Israel fears that Iran’s nuclear ambitions could undermine its qualitative superiority of arms and its consistent ability to inflict disproportionate casualties on adversaries – the cornerstones of Israel’s defense strategy.”*²⁰⁹ Ein Iran, der wie Japan oder Deutschland, innerhalb kürzester Zeit, eine Atombombe entwickeln könnte, stellt demnach eine Gefahr *par excellence* für diesen Hegemonialstatus dar. Somit bleibt Roger Cohens Schlussfolgerung zuzustimmen, wenn er schreibt: *“Obama’s new policies of Middle Eastern diplomacy and engagement will involve reining in Israeli bellicosity and a probable cooling of U.S.–Israeli relations. It’s about time. America’s Israel-can-do-no-wrong policy has been disastrous, not least for Israel’s long-term security.”*²¹⁰ Ein derartiger Druck auf Tel Aviv seitens Washingtons blieb im ersten Amtsjahr Obamas aus.

Dieses strategische Interesse Israels nutzt der Westen indes für seine eigenen Ziele aus. Wohl wissend, dass ein israelischer Alleingang ohne US-Hilfe nicht realistisch ist, nutzt die westliche Diplomatie bewusst Israels Kriegsdrohungen, um Druck auf den Iran auszuüben. Dass solch eine Rechnung bislang Erfolge eingefahren hätte, ist indes nicht zu beobachten. Vielmehr mischen sich noch angesichts des zuvor beschriebenen strategischen Interesses Tel Avivs Unklarheiten über tatsächliche Motive des Letzteren, der durch einen Alleingang notwendigerweise die USA mit in einen Krieg gegen den Iran verwickeln würde.

Die Israel-Lobby als Bindeglied

Die für ihren Iran-Konfrontationskurs bekannte amerikanische Israel-Lobby, mit ihrem Aushängeschild AIPAC, vereint die Interessen des MIK und der israelischen Staatseliten. Der

208 Ariel Ilan Roth, *The Roots of All Fear – Why Is Israel So Afraid of Iranian Nukes?*, *ForeignAffairs.com*, 24.11.09.

209 Roth, *op. cit.*

210 Cohen, *From Tehran to Tel Aviv*, *New York Times*, 23.03.09.

Einfluss AIPACs in außenpolitischen Fragen ist zuvorderst Ausdruck der Macht des MIK, das seine Interessen in Krieg und Instabilität sieht. AIPACs unentwegtes Lobbying für Sanktionen gegen den Iran kann einerseits als notwendige Vorstufe zur Kriegeskalation begriffen werden (die wiederum dem MIK zugute kommt), andererseits als zugunsten Israels ausfallender Behinderung iranischer Entwicklung (zivil sowie militärisch) betrachtet werden. Die Beibehaltung des „Iran-Konfliktes“ hat dazu geführt, dass die Rüstungsindustrie milliardenschwere Geschäfte machen konnte, sowohl mit den arabischen Nachbarländern (in der Form des Zurückfließens von Petro-Dollar) als auch mit Israel.

Aufgrund seiner Mobilisierungsfähigkeit im US-Kongress kann die Israel-Lobby unter dem Umstand, dass sich kein nennenswerter politischer Protest artikuliert, jederzeit scharfe anti-iranischen Resolutionen einbringen, die zu einer kriegerischen Eskalation der fragilen Situation führen könnten. Aufgrund dieses Machtpotentials jedoch ist auch das Bewusstsein jener Gruppen gestiegen, die zwar eine Eskalation gegenüber Iran ablehnen, aber kaum über entsprechende Machtmittel verfügen.²¹¹ Angesichts der weithin alarmistischen Berichterstattung der Medien, welche vermutlich durch das fortlaufende iranische Atomprogramm nur forciert wird, und der darin nach wie vor stark vertretenen neokonservativen und MIK-„Experten“ (erstere auch in Europa), kann nicht ausgeschlossen werden, dass kriegswillige Gruppen in der medialen und politischen Öffentlichkeit schlussendlich die Überhand gewinnen.

211 Vgl. Fathollah-Nejad, Kommt der Krieg gegen den Iran?, op. cit.

IV. Schlussfolgerungen

Nicht nur in der Iran-Politik besteht Obamas Mission kaum darin, einen wahrhaftigen Wandel einzuleiten, sondern jenen *notwendigen* Wandel durchzusetzen, um die Kontinuität der amerikanischen Weltpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zu wahren, wonach die Hegemonie in der „vitalen“ Region des Nahen und Mittleren Ostens zugunsten der globalen Vorreiterrolle sichergestellt werden soll. Somit muss Obama diejenigen Risiken, die sein Vorgänger zu verantworten hat, möglichst aus dem Weg schaffen und gleichzeitig die Möglichkeiten, die Dank Bushs Interventionspolitik zustande gekommen sind, vor allem die errichteten Militärpräsenzen in Afghanistan und im Irak – die zudem zu einer Einkesselung des Iran geführt haben –, absichern. Dafür braucht es einen charismatischen Führer wie den US-Präsidenten und der verstärkten Einbindung von Washingtons Partnern, die nicht nur weiterhin für die finanzielle Absicherung zu sorgen haben, sondern auch verstärkt militärisch gefordert werden sollen. Mit den Worten des US-Vizepräsidenten Joe Biden auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2009: „Die gute Nachricht ist: Amerika wird mehr tun. Die schlechte Nachricht ist: Amerika wird auch von unseren Partnern mehr verlangen.“²¹²

Zudem besteht Konsens, dass bei der „Terrorismusbekämpfung“ weiterhin die als völkerrechtswidrig einzustufende Präemption zu gelten hat. Der „Krieg gegen den Terror“ wird also nur rhetorisch abgeschafft.²¹³ Um jedoch eine glaubwürdige Kehrtwende einzuleiten, müsste Obama dem unsäglichen „*Global War on Terror*“ und die völkerrechtswidrige Angriffskriege vorhersehende Nationale Sicherheitsstrategie (NSS, so genannte Bush-Wolfowitz-Doktrin) abschaffen.²¹⁴ Doch beides ist nicht absehbar. In den Worten von Außenministerin Rices Redenschreiber wird Obama den „pragmatischen Internationalismus“ der zweiten Amtszeit Bushs weiterführen, um einer

212 Zit. n. Ende der Eiszeit in Sicht – Westen nähert sich Russland, n-tv.de, 07.02.09.

213 Vgl. Christian Brose, The Making of George W. Obama, Foreign Policy, Jan./Feb. 2009.

214 Vgl. Fathollah-Nejad, Desperate Need for Serious Change in Transatlantic Foreign Policy, op. cit.

„stabilen, nachhaltigen, globalen *Leadership*“ zum Erfolg zu verhelfen.²¹⁵

Derweil hilft eine nüchterne Lageanalyse, kontraproduktive alarmistische Kurzschlussreaktionen zu vermeiden. Noch zu sehr ist die Iran-Debatte durch einen „politisch motivierten Hype“ (Scott Ritter, Ex-UN-Waffenchefinspekteur im Irak) geprägt.²¹⁶ Dem Iran trotz alledem jeglichen sicherheitspolitischen Anreiz auf eine Militarisierung seines Atomprogramms – i.S. einer Abschreckung gegen mögliche Aggressoren – zu nehmen, bedeutet notwendigerweise eine von Doppelmoral befreite Auseinandersetzung mit Israels Atomwaffenarsenal zu führen. Um eine dem Frieden unentbehrliche Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) in Gang zu treten, muss eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone anvisiert werden, wozu auch Israel die notwendigen Schritte einzuleiten hätte.²¹⁷ Vieles deutet darauf hin, dass an der alten Strategie festgehalten wird, welche im Kern darauf ausgerichtet ist, via politischem Druck und Sanktionen, dem Iran das Recht auf die Fortsetzung des Atomprogramms streitig zu machen. Daraus folgt, dass der Konflikt weiterhin krisenanfällig bleiben wird. Um jedoch eine für alle Seiten gerechte Lösung zu schaffen, scheint derzeit die einzige Möglichkeit darin zu liegen, neue Wege zu beschreiten, die anstelle von Zwangsdiplomatie „*diplomacy in good faith*“ beherzigen.

Eine in Politik umgesetzte nüchterne Strategie-Debatte verspricht die Aussicht, sich von ideologisch gefärbtem Ballast zu befreien und ein Auskommen mit dem Iran zu suchen. Die Wogen der letzten Jahre zu glätten bedeutet auch, die für die iranische Zivilgesellschaft und Wirtschaft so notwendige Öffnung des Landes voranzutreiben. Nicht zuletzt wird solch eine Politik dringend benötigte Entspannung in eine Region bringen, die von mannigfaltigen Konfliktstrukturen und die Sicherheitspolitik tangierenden Misstrauen und Feindbildern

215 Vgl. Brose, op. cit.; vgl. auch Barack Obama, *Renewing American Leadership*, Foreign Affairs, Juli/Aug. 2007.

216 Vgl. Bertram, op. cit.; Ritter, *Keeping Iran honest*, guardian.co.uk, 25.9.09.

217 Vgl. Mohssen Massarrat, *KSZMNO jetzt – Plädoyer für einen KSZE-Prozess im Mittleren und Nahen Osten*, Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 02/2007, S. 212-220.

geprägt ist. So kann trotz der zurückhaltenden bis ablehnenden Haltung der israelischen Regierung gegenüber einer Normalisierung iranisch-amerikanischer Beziehungen erwartet werden, dass solch eine Entspannung sich positiv auf das in Israel grassierende Unsicherheitsbefinden auswirken würde. Diese Erkenntnis zu vermitteln wird eine der Hauptaufgaben verantwortungsbewusster westlicher Politik darstellen müssen. So wird eine Annäherung dazu dienen, die Absichten des Gegenübers besser einschätzen zu können und vor allem auf diese aktiv Einfluss zu nehmen. Nur so kann das als zentral eingestufte beiderseitige Vertrauensdefizit behoben werden.

Angesichts der im US-Kongress institutionalisierten Macht, Sanktionen (auch „lähmende“) voranzutreiben – politisch unterstützt durch europäische und israelische Hardliner – und deren Potenzial, Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA folgens schwer zu torpedieren, ist vorerst nicht auszumachen, wer im Kampf um die Iran-Politik Obamas die Oberhand gewinnt. Zu sehr liegen die Vorstellungen auseinander, zu stark wiegen somit die Risiken einer unklaren Ausrichtung. Dies bringen auch zwei Ex-Stabsmitglieder des *National Security Council* auf den Punkt: „Da Präsident Obama ein Nationales-Sicherheits-Team um sich geschart hat, das zu großen Teilen seine Anfangsvision einer amerikanisch-iranischen Annäherung nicht teilte, formulierte die Administration nie ein starkes öffentliches Argument [*public case*] für ein Engagement. Die Aussicht auf ein Engagement wird weithin immer noch in einer Bahn behandelt, auf der positive iranische Aktionen zu ‚belohnen‘ und problematisches Verhalten zu ‚bestrafen‘ seien – genau das, was Herr Obama, als Präsidentschaftskandidat, noch so wortgewandt über Präsident George W. Bushs Ansatz kritisierte. [...] Der Mangel an diplomatischer Seriosität der Obama-Administration geht über ungeschickte Taktiken hinaus; es spiegelt ein unangemessenes Verständnis über die strategische Notwendigkeit konstruktiver amerikanisch-iranischer Beziehungen wider.“²¹⁸

Solch eine realpolitische „strategische Notwendigkeit“ wird auch aller Wahrscheinlichkeit nach zugunsten der iranischen Zivilgesellschaft ausfallen. Eine Normalisierung der Beziehungen

218 Flynt Leverett / Hillary Mann Leverett, How to Press the Advantage With Iran, New York Times, 29.9.09, S. A39.

wird denn auch von regierungskritischen zivilen, politischen und geistlichen Figuren befürwortet. Aus den Erfahrungen der Khatami-Ära lernend, realisiert man zudem, dass Hardliner besser in der Lage wären, innenpolitisch einen solchen Kurs durchzubringen.²¹⁹ Ein Ausbleiben der Normalisierung von Beziehungen hingegen könnte auf Jahre hinweg die Herrschaft der Hardliner zementieren. Wirtschaftssanktionen, geschweige denn Bomben – wie „intelligent“ sie auch sein mögen –, sind hier fatal. Denn Sanktionen zu verschärfen bedeutet den Hardlinern auf *allen* Seiten politisches Manövriertfeld zu überlassen. Diese ziehen ihren Vorteil von einem Ausbleiben der Aufweichung harter Fronten und Feindbilder.

Unterm Strich lässt sich herausstellen, dass eine selektive Annäherung zwischen den USA und dem Iran in beiderseitigem Interesse liegt. Eine Normalisierung zwischen dem Iran und den USA im Sinne eines *Grand Bargain* wird indessen von machtvollen Nutznießern des Status-Quo zu verhindern versucht, die man bei allen entscheidend beteiligten Akteuren identifizieren kann. Doch auch in Zukunft wird der regionale Kontext, der maßgeblich durch westliche Kriege in iranischer Nachbarschaft geprägt ist, die Natur und den Grad iranisch-amerikanischer Beziehungen definieren. Die US-/NATO-Kriege in der Region haben den Iran bereits zur „*Indispensable Nation*“ gemacht. Wenn statt Einbindung, weiterhin Isolation die westliche Iran-Politik bestimmen sollte, dann ist keine ernsthafte Stabilität in der Region möglich.

Ein Prozess der Annäherung wird zudem kaum über Nacht Erfolg zeitigen. Vielmehr wird es ein längerfristiges Engagement von allen Seiten geben. Eine baldige Verhandlungslösung im Konflikt mit dem Iran wird den Weg dafür öffnen, von Israel/Palästina über den Irak und Afghanistan bis hin zu Pakistan virulente Konfliktherde politisch anzugehen. Der Schatten des Iran-Konfliktes hing schon zu lange über die westliche Nah- und Mittelostpolitik und hat aufgrund ihres rhetorisch explosiven Gehaltes blind gemacht für eine dringend notwendige friedensfördernde Zusammenarbeit in dieser für den Weltfrieden und

219 Vgl. Muhammad Sahimi, US-Iran Talks – Does Green Movement Benefit?, Tehran Bureau, 14.10.09; Hamid Dabashi, Huge Risks in Iran Sanctions, CNN.com, 21.08.09.

die Weltwirtschaft zentralen Region. Die weiter betriebene Militarisierung vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean erfordert derweil dringend friedenspolitische Initiativen, deren Zeit längst reif ist.

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 70!

Brodelnder Iran

Wankende Theokratie?
Iranische Streitkräfte
Elitenkampf um Ressourcen
Menschenrechte und Mullahs

Forum Afghanistan
Ganz oder gar nicht?

Frankreichs Geheimdienste
NATO-Russland: New Deal?

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 65!

Naher Osten – Ferner Frieden

Der Gaza-Krieg im Nahostkonflikt
Wie viele Divisionen?
 Hamas nach dem Krieg
 Gaza und Völkerrecht

Was treibt den Ölpreis?
Islam und Westen

Syrien: Neuer Partner?
Pakistan: Dauerkrise

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €¹⁾!



bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

¹⁾ Jahresabonnement für Studenten, Rentner und Arbeitslose

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die aktuelle Ausgabe Nr. 58!

Regionalmacht Iran

Selbstverständnis und Handeln

Der Faktor Erdöl

Irans Atomprogramm

„Schurkenachse“ mit Venezuela?

Militärmacht Deutschland?

Fortsetzung der Debatte

Polen sucht Harmonie

Pakistan in der Krise

**Ab sofort
6 Mal pro Jahr
erhältlich!**

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de



Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Tel.: +49 (0)331 977-4623

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten Streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Kapitalismus kontrovers
- 10 | Der islamische Dschihad in Pakistan
- 11 | Regieren ohne Demokratie?

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirrad M.A. (0331-977 3478 oder zamiri@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de und natürlich bei amazon/welttrends www.welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|---|
| 1 Nachdenken über Europa | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 2 Autoritäre Regime | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 3 Grenzen der EU | 11 Atomare Rüstung und Abrüstung heute |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 12 Das politische System Irans |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 13 Die Genfer Abrüstungskonferenz |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | 14 Grenzen in den internationalen Beziehungen |
| 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten | 15 Deutsche Außenministerien |
| 8 Regieren in Brandenburg | |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: bestellung@welttrends.de und natürlich bei amazon/welttrends www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | |
|--|--------------------------------------|
| 70 Brodelnder Iran | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 69 Europäische Brüche | 33 Entwicklungspolitik |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 32 Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 31 Recht in der Transformation |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 30 Fundamentalismus |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 29 Die autoritäre Herausforderung |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 63 Geopolitik Ost | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 62 Zerrissene Türkei | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 25 Dezentralisierung und Entwicklung |
| 60 Russische Moderne | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 23 Kooperation im Ostseeraum |
| 58 Regionalmacht Iran | 22 Die Ostgrenze der EU |
| 57 Ressource Wasser | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 20 Demokratie in China? |
| 55 G8 Alternativ | 19 Deutsche und Tschechen |
| 54 Identität Europa | 18 Technokratie |
| 53 Rotes China Global | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 51 Geheime Dienste | 15 Identitäten in Europa |
| 50 Kerniges Europa | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 49 Militär in Lateinamerika | 13 Deutschland und Polen |
| 48 Internet Macht Politik | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 47 Europäische Arbeitspolitik | 11 Europa der Regionen |
| 46 Globale Finanzmärkte | 10 NATO-Osterweiterung |
| 45 Von Dynastien und Demokratien | Sonderheft Russland und die GUS |
| 44 Modernisierung und Islam | 9 Gewalt und Politik |
| 43 Großmächtiges Deutschland | 8 Reform der UNO |
| 42 Europäische Außenpolitik | 7 Integration im Pazifik |
| 41 Transatlantische Perspektiven II | 6 Zerfall von Imperien |
| 40 Transatlantische Perspektiven | 5 Migration |
| 39 Wohlfahrt und Demokratie | 4 Geopolitik |
| 38 Politisierung von Ethnizität | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? | 2 Chaos Europa |
| 36 Gender und IB | 1 Neue Weltordnung |
| 35 Krieg im 21. Jahrhundert | |

Bestellungen: bestellung@welttrends.de und natürlich bei amazon/welttrends oder mit nebenstehendem Bestellblatt. www.welttrends.de

Welt Trends

Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € zzgl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € zzgl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € zzgl. Porto.
- WeltTrends* Nr. []
zum Preis von je 8 € (Nr. 1-57 nur 5 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

Die Abonnements sind jederzeit kündbar.

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Datum und Unterschrift

Potsdamer Textbücher

Bisher erschienen:

PTB 1: Regionen in der Europäischen Union

PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft

PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft

PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime

PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung

PTB 6: Verschwundene Diplomatie, DDR

PTB 7: Recht in der Transformation, Osteuropa

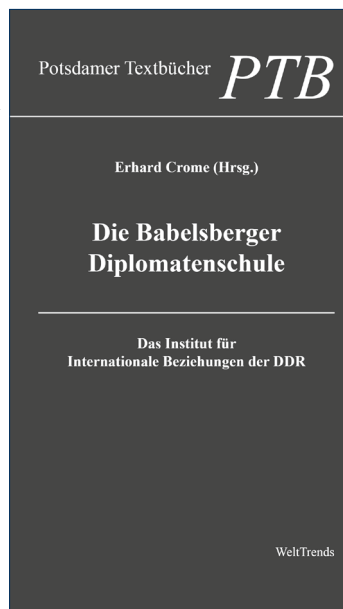
PTB 8: Das moderne Polen

PTB 9: Zivilgesellschaft, Making Civil Societies Work

PTB 10: Polen und Deutsche im Wandel

PTB 11: Castro und kein Ende, Kuba

PTB 12: Babelsberger Diplomatenschule, DDR



Bestellungen unter
www.welttrends.de
und natürlich bei
Amazon/welttrends

www.welttrends.de

Eine detaillierte und absolut überzeugende Kritik der US-amerikanischen Iran-Politik.

— Dr. Arshin Adib-Moghaddam, School of Oriental and African Studies,
Autor von “Iran in World Politics” (2008)

Dem Autor gelingt es, Illusionen über einen kurzfristigen Strategiewechsel bezüglich des *war on terror* durch die aktuelle US-Regierung unter Führung des Friedensnobelpreisträgers Barack Obama zu zerstreuen – und gleichzeitig in seinen Schlussfolgerungen Chancen einer notwendigen konstruktiven Friedenspolitik aufzuzeigen. Ein äußerst hilfreiches Buch, dem eine große Rezeption zu wünschen ist.

— Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig
des Internationalen Versöhnungsbundes

Herr Fathollah-Nejads Buch beunruhigt im besten Sinn qualifizierter Analysen eines Brennpunktes der internationalen Politik.

— Bernhard Trautvetter, Essener Friedens-Forum

Welt  Trends

ISSN 1864-0656
ISBN 978-3-86956-042-7